

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kfirringhaus, Berlin.  
Versprechler: Auit Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Belegen vor dem Drucksetzen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 2. Septbr. 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Fort mit den Sondergerichten.

Die Beuthener Mörder begnadigt - Die starken Männer in milder Gestalt.

SPD. Die fünf nationalsozialistischen Mörder von Potempa, die vom Sondergericht Beuthen zum Tode verurteilt worden waren, sind von der kommissarischen Verwaltung Preussens zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Die ersten Todesurteile, die auf Grund der Notverordnung über die Sondergerichte gefällt worden sind, werden nicht vollstreckt werden.

Gegen die Nichtvollstreckung der Todesurteile wird sich wenig Widerspruch erheben. Das nationalsozialistische Lager, in dem der Schrei nach dem Köpferrollen, nach dem Andiewandstellen seit Jahren zur allgemeinen Übung geworden ist, das unmittelbar vor dem Erlass der Notverordnung das Andiewandstellen von Terroristen gefordert und die Notverordnung selbst nach ihrem Erlass als eine Tat begrüßt hat, hat, seitdem die fünf Todesurteile gefällt waren, unaufhörlich unter Drohungen die Regierung bestürmt, um die Begnadigung der Mörder zu erpressen. Die wildesten Anhänger der Todesstrafe werden deshalb gegen ihre Nichtvollstreckung in diesem Falle keinerlei Widerspruch erheben.

Die politischen Schlussfolgerungen aber, die aus dieser Begnadigung gezogen werden müssen, richten sich gegen die Regierung Papen. Sie hat diese Schlussfolgerung selbst verschuldet. Sie hat seinerzeit die Notverordnung über die Sondergerichte gleichzeitig mit schärfster Absage an jede Amnestie veröffentlicht. Sie hat den Eindruck hervorgerufen, dass sie mit bitterstem Ernste entschlossen sei, die Urteile auf Grund der verschärften Strafanrohungen unnachsichtlich vollstrecken zu lassen. Diese Erklärung ist erst wenige Wochen alt. Nach dem ersten Urteil, das die Höchststrafe gegen Nationalsozialisten verhängte, wird begnadigt.

Es wird begnadigt, nachdem die Frage, ob die fünf Todesurteile vollstreckt werden sollten oder nicht, zu einer politischen Kampffrage gegen die Regierung Papen geworden ist. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei hat sich mit den Mördern solidarisiert. Er hat der Regierung Papen Kampf bis zur Befreiung der Verurteilten angekündigt. Nach ihm haben die Reichstagsfraktion der NSDAP und der nationalsozialistische Reichstagspräsident Goering die Mörder ihrer Sympathie versichert. Die beste Begründung, die die Regierung Papen ihrer Begnadigung geben könnte, wird den Eindruck nicht verwischen können, dass ihre Notverordnung gegen den politischen Terror durchbrochen und dass die Beteuerung ihrer Unnachsichtigkeit unter dem Druck des nationalsozialistischen Ansturms abgeschwächt worden ist.

Der erste Schritt zur vollen Amnestierung der Mörder von Potempa ist damit geschehen. Jetzt sind sie zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Und wie lange wird diese Lebenslänglichkeit dauern? Es ist gewiss, dass die Nationalsozialisten eine weitere Begnadigung der fünf Mörder von Potempa zum Objekt ihres Koalitionskuhhandels mit dem Zentrum machen!

Es erhebt sich die Frage: wenn das erste Todesurteil eines Sondergerichts nicht die fünf Nationalsozialisten, sondern einen Kommunisten getroffen hätten, wäre dann ebenfalls eine Begnadigung erfolgt oder wäre nach den Ankündigungen

der Reichsregierung mit unnachsichtlicher Härte ein Exempel statuiert worden? Eins ist gewiss: wäre in solchem Falle ein Todesurteil vollstreckt worden, so hätte die Regierung auf jubelndes Beifallgeheul der Nationalsozialisten rechnen können!

Mit der jetzigen Begnadigung steht die Androhung der Todesstrafe in der Notverordnung der Reichsregierung gegen den politischen Terror nur noch auf dem Papier. Die Mordtat von Potempa ist unter so viehischen Umständen durchgeführt worden, dass das einfachste Rechtsempfinden den Gedanken nicht ertragen könnte, dass nach der Begnadigung dieser Mörder künftig noch ein Todesurteil auf Grund dieser Notverordnung vollstreckt werden könnte!

Nach dieser Durchbrechung ist es an der Zeit, dass die Notverordnung über die Sondergerichte überhaupt verschwindet. Die Praxis der Sondergerichte wird von Tag zu Tag bedenklicher. Wir erinnern an das Urteil von Ohlau, an das draconische Zuchthaus-Urteil des Berliner Sondergerichts gegen den Reichsbannermann Rothe!

Die Strafandrohungen des Strafgesetzbuches würden vollkommen ausreichen, um das Feuer des Bürgerkrieges auszutreten, wenn die Gerichte sie sinntensprechend anwenden würden. Im Falle Potempa hätte es der verschärften Strafandrohung nicht bedurft; denn nach unserer Ueberzeugung lag hier glatter Mord vor, der auch im Strafgesetzbuch mit Todesstrafe bedroht ist. Aber die Praxis der Anwendung der Strafandrohungen des Strafgesetzbuches hat sich in einem Fall gezeigt, der mit dem Falle Potempa grosse Aehnlichkeit besitzt. Die Mörder des Landarbeiters Bassy im Kreise Kreuzburg, der auf ähnlich viehische Weise wie das Opfer von Potempa von einer nationalsozialistischen Bande umgebracht worden ist, sind mit sehr milden Gefängnis- und Zuchthausstrafen davongekommen. Wenn die Durchführung der Urteile der Sondergerichte, soweit sie Nationalsozialisten betreffen, nach dem Willen der Nationalsozialisten auf politischem Wege gehindert und aufgehoben würde, dann kann es sich ereignen, dass die Mörder von Kreuzburg und die Mörder von Potempa sich zur gleichen Zeit wieder in der Freiheit begrüßen können!

Welchen Wert haben also noch die Sondergerichte, welchen Wert hat die Notverordnung der Reichsregierung gegen den politischen Terror? Soll sie in der Praxis nur ein Instrument gegen Reichsbannerangehörige und Kommunisten werden? Die Konsequenz der Begnadigung der Mörder von Potempa heisst deshalb: Beseitigung der Sondergerichte, so wie es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits beantragt hat!

-----

**SPD. Amtlich** wird mitgeteilt:

Durch Entschliessung des preussischen Staatsministeriums vom 2. September 1932 sind die Todesstrafen, die durch das rechtskräftige Urteil des Sondergerichts in Beuthen gegen

1. den Elektriker Reinhold Kottisch,
  2. den Grubenarbeiter Rufin Wolnitz,
  3. den Hauer August Gräupner,
  4. den Markenkontrolleur Helmut Josef Müller wegen Totschlags, begangen als Angreifer aus politischen Beweggründen, und
  5. den Gastwirt Paul Lachmann, wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen verhängt worden sind, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden. Für die Entschliessung war massgebend, dass die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und ihre schweren Strafandrohungen gehabt haben.
-

SPD. Hannover, 2. Septbr. (Fig. Drahtb.)

Dem sozialdemokratischen "Volkwillen" ist ein Briefwechsel zwischen Nationalsozialisten zugeweht, der für die Verhältnisse innerhalb der NSDAP überaus bezeichnend ist und insbesondere das Führereliquenwesen in der Hannoverischen Nazi-Partei beleuchtet. In einem dieser Briefe heisst es:

"Viele von den alten Parteigenossen sind an die Wand gedrückt. Weisst Du noch, wie wir in einer deutschnationalen Versammlung im Burghaus gesessen und die Gläser gezählt haben? Ueber diese Bürgerpartei haben wir uns lustig gemacht, aber heute geben bei uns verkalkte Bonzen, Offiziere und Akademiker den Ton an. Ein paar Renommierproleten sind ja noch da. Du entsinnst Dich wohl des Gustav Schwiebert, der fluchtartig die Ortgruppe Rauxel verlassen musste unter Zurücklassung beträchtlicher Schulden, der ist jetzt M.d.R. Dick und fett ist Karwahn geworden. Der hat es geschafft. Er ist jetzt Inspektor für die NSBO. Vom Arbeiter zum Betriebsrat, kommunistischen Bürgervorsteher, er hat die Interessen der Arbeiter so - gut vertreten. Vom Arbeitgeber zum Meister gemacht und bei uns gleich M.d.R. Manchmal könnte man das grosse K..... kriegen. Rust (auch M.d.R. Die Red.) gurgelt bei Knickmeyer die teuren Weine, und noch so eine Klique sitzt da. In der Luisenstrasse verkehren die Bürger. Die Proleten saufen bei Haase in der Spichernhöhe oder beim deutschen Herrmann in der Langenstrasse. Wie konnten wir glauben, den Ständedünkel beseitigt zu haben? Es sieht so aus, aus hätten wir den Herrschaften die Sessel hingeschoben, damit sie sich bequem hineinsetzen konnten."

Ein anderer Brief gibt Aufschluss darüber, was für die NSDAP der "Arbeitsdienst" bedeutet. In dem Brief heisst es:

"Im Juni hat man eine Gruppe Arbeitsdienstwilliger zusammengestellt. Führer war ein Architekt. Es sollten Entwässerungsarbeiten ausgeführt werden. Jetzt schreibt mir Pg. aus Oldershausen, dass man sie schändlich betrogen habe. Die 40 Mann sind bei Bauern untergebracht, arbeiten von morgens 5 bis abends 9 Uhr als Knechte und erhalten Lohn und schreibe 50 Pfg. den Tag. Der Bauer, der die Freundlichkeit hatte, sich dieser billigen Arbeitskräfte anzunehmen, erhält noch einen Geldzuschuss vom Staat. Es wäre zu einer Revolution gekommen, wenn die Partei die Leute nicht wieder zum Kuschen gebracht hätte. Blumengeschmückt, mit dem Horst Wessel-Lied sind die Jungen abgefahren. Und wie werden sie wiederkommen? H., der frühere Sturmführer, der wegen Blutschande mit seiner Tochter gesessen hat, ist jetzt wieder freigekommen und hat sich schon wieder beim Rollkommando betätigt. Zirkel hat mit seinem Parteiladen Konkurs angemeldet. Müller hinterlässt Autoschulden, Lauterbacher wird von seinen Gläubigern gesucht, ist aber "unauffindbar".

Das ist die NSDAP in der Wirklichkeit. Wie in Hannover, so sieht es in der Hitler-Partei fast überall aus.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit:

Eine Berliner Zeitung hat unter der Ueberschrift: "Krach in der SPD-Fraktion" einen Bericht über die Verhandlungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlicht, der von Anfang bis zu Ende nicht den Tatsachen entspricht. Unwahr ist, dass es "zu tumultarischen Zusammenstössen" gekommen ist, dass deswegen die Sitzung um eine Stunde unterbrochen wurde und dass dadurch die Fraktion sich gezwungen sah, den Fraktionsvorstand um einen Vertreter der jüngeren Generation zu erweitern. Unwahr ist auch, dass in der Sitzung der Reichstagsfraktion eine Zuwahl zum Parteivorstand stattgefunden habe.

In Wirklichkeit hat die Neuwahl des Fraktionsvorstandes vor Beginn der politischen Aussprache bereits am Mittwoch stattgefunden. Dabei sind Frau Tony Pfülf, Fritz Ebert und Schumacher-Stuttgart in den Fraktionsvorstand gewählt worden. Obwohl selbstverständlich auch noch andere Kandidaten vorgeschlagen waren, ist es unsinnig, von "heftigen Kämpfen" zu sprechen.

Festgestellt sei aber vor allem, dass die Neuwahl von jüngeren Fraktionsmitgliedern auf ausdrücklichen Wunsch des bisherigen Fraktionsvorstandes erfolgt ist. Die Wahlen zum Parteivorstand sind Sache des Parteitagea und nicht Angelegenheiten der Reichstagsfraktion.

Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass die Unterbrechung der Sitzung um eine Stunde nicht wegen tumultuarischer Zusammenstösse erfolgte, sondern um den Abgeordneten Gelegenheit zum Mittagessen zu geben.

-----

SPD. Magdeburg, 2. Septbr. (Eig. Drahtb.)

An der Beerdigung des am Sonntag ermordeten Reichwehrgefreiten Niemann-Magdeburg, der sich in Freundes- und Bekanntenkreisen grösster Wertschätzung erfreute, nahm eine riesige Menschenmenge teil. Bei der Beisetzungsfeierlichkeit provozierte ein uniformierter SA-Mann in frecher Weise einen Zwischenfall. Er trat an die offene Gruft und warf unter dem Ruf: "Heil Hitler!" einen Blumenstraus in das Grab. Die Angehörigen des Toten verbateten sich diese Frechheit sehr entschieden. Mehrere Teilnehmer an der Trauerfeier nahmen eine drohende Haltung gegen den SA-Mann ein, der von der Polizei in Schutzhaft genommen werden musste.

Der Zwischenfall ist umso provozierender, als ein SS-Mann in dem dringenden Verdacht steht, der Mörder des Reichwehrgefreiten zu sein. Von den beiden verhafteten SS-Leuten ist der SS-Führer Müller inzwischen aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchung gegen ihn wird aber weitergeführt. Der SS-Mann Vogt befindet sich wegen dringenden Tatverdachts weiter in Haft. Müller und Vogt geniessen als Rauf- und Trunkenbolde den denkbar schlechtesten Ruf.

-----

SPD. Die Reichsregierung erklärt zu unserer Veröffentlichung des Entwurfs einer Verordnung über sozialpolitische Massnahmen, dass dieser Entwurf längst fallen gelassen worden ist. Diese dürftige Erklärung ist in keiner Weise geeignet, unsere Befürchtungen zu zerstreuen, dass unter der jetzigen Reichsregierung planmässig die Absicht verfolgt wird, die gesamte Sozialpolitik auszuhöhlen.

Schon die Tatsache, dass ein solcher Entwurf, der mit einem Federstrich die gesamte deutsche Sozialpolitik der Willkür der Bürokratie und der Diktatur der Reaktion aussetzt, überhaupt in Regierungskreisen diskutiert wurde, ist eine Ungeheuerlichkeit. Man kann daraus mindestens folgern, dass ein solcher Schlag gegen das Lebensinteresse der überwältigenden Mehrheit des Volkes nicht ohne weiteres abgelehnt wird. Wahrscheinlich hält man nur den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet oder das Ausmass wenigstens im Augenblick für zu weit gesteckt. Die Grundtendenz der weiteren Einschränkung der sozialen Idee aber wird von der Reichsregierung nicht einmal bestritten.

Demgegenüber muss mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass die Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg, "die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft solle gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben", nie und nimmer auf dem Wege verwirklicht werden kann, der urprünglich der Reichsregierung vorschwebte und der dem von uns veröffentlichten Entwurf zu grundelag. Dieser Widerspruch aber wird auch noch bestehen bleiben, wenn an dem urprünglichen Entwurf gewisse Einschränkungen vorgenommen werden. Auch dann bliebe noch ein völliger Bruch mit der bisherigen Sozialpolitik übrig. Millionen Menschen, deren Dasein nur durch das regelnde Eingreifen des Staates gesichert werden kann, würden hoffnungslose Opfer der kapitalistischen Willkür und Miswirtschaft werden.

-----

SPD. Mit welchem ausgezeichnetem Erfolg die Nazijugend ihre Hitlerschule besucht, beweist das "Kampforgan der Hitlerjugend" für den Gau Südhanover-Braunschweig. Darin ist am 1. September über die Beuthener Mörder und das Urteil gegen sie zu lesen:

"Und dann kam der Tag, an dem sich die deutsche Jugend nicht mehr halten liess in ihrem Grimm, kam der Tag, an dem deutsches Blut hochwallte und junge Mäuste zum Messer griffen, um die zu rächen, die man ungesühnt in die Gräber legte. Ein Provokateur an der deutschen Freiheit wurde erschlagen, von deutschen Jungen erschlagen, und wir, Deutschlands Jugend, stellen uns geschlossen hinter unsere Kameraden.

Wehe euch, ihr Anstifter dieses Bluturteils, ihr Totengräber der deutschen Freiheit. Wenn ihr das Blut unserer Kameraden vergieset, dann komme es über euch. Dann wird ein Sturmwind der Empörung über Deutschland rasen und wird alle hinwegfegen, was faul und morsch ist, wird den Staat verschwinden lassen, in dem asiatisches Untermenschentum ungestraft morden darf, während deutsche Männer die sich dagegen wehren, dass man sie abschachtet wie tolle Hunde, zum Tode verurteilt werden. Grenzenloser Hass sitzt in uns, und dieser Hass wird sich eines Tages entladen. Jetzt wird er gebannt durch die Liebe zu den Kameraden, die hinter Gittern hocken..... Zum Tode verurteilt.....

Aber dann, wenn diese Kameraden nicht mehr sind, wenn sie dem Beil des Henkers zum Opfer gefallen sind? Dann werden wir unsere Sturmriemen fester binden und unsere Sturmflaggen hintragen von dem Gefängnis in Beuthen zu den Ministern in Berlin; und auf den Gräbern der gemordeten Kameraden werden wir das Dritte Reich aufbauen. Und dann wird ein deutscher Gerichtshof zusammentreten und wir richten über all die Verbrechen, die vom 9. November 1918 an deutschen Volke begangen sind, wir richten, hart und klar und jedes Verbrechen wird Sühne finden.... gerechte Sühne..... einem jeden wird sein Teil, dem einen wird das Ehrenkreuz, dem anderen das ..... Beil!"

Was hier ungestört von "den aufbauwilligen Kräften" des Herrn Papen geschrieben werden kann, ist eine Aufforderung zum Mord und Bürgerkrieg. Wen wundert es also, wenn dieser Jugend Dolch und Revolver so locker in der Tasche stecken? Wo aber ist Herr Bracht, wo sind die starken Männer, die diesen Mordanstiftern nach ihren fortgesetzten Beteuerungen das Handwerk legen wollen?

-----

SPD. Wien, 2. Septbr. (Fig. Drahtb.)

Die Freitag-Sitzung des Kriegsopfer-Kongresses war mit der Arbeit der Kommissionen ausgefüllt. Die Kommission zum Studium der Weltwirtschaftskrise und ihre Einwirkung auf die Kriegsopfer hat eine Entschliessung verfasst, in der es heisst:

"Die Opfer des Weltkrieges, die heute schwerer noch als viele andere von der internationalen Wirtschaftskrise betroffen sind, haben ein dringendes Interesse an der endlichen Beseitigung des Wirtschaftschaos. Der achte Kongress der Ciamac stellt fest, dass die Weltwirtschaftskrise in erster Linie eine moralische Krise der Politik ist, welche der Krieg hervorgerufen hat, Es hat in erster Linie eine politische Frage, die nur gelöst werden kann, wenn der Wille zum gegenseitigen Verstehen und zur Verständigung vertieft wird. Die Voraussetzung dafür ist die Entwicklung der Demokratie gegen das persönliche Regiment, dessen letztes Stadium, die Diktatur, von der Weltwirtschaftskrise begünstigt worden ist. Der wirtschaftliche Nationalismus, die Autarkie, muss zur Verarmung der Welt und zur Vergrösserung der Unsicherheit und des Misstrauens führen. Die Ciamac verlangt daher in der Erkenntnis, dass wirtschaftliche Ursachen zu neuen Kriegen zwischen den Völkern führen können, eine ausreichende Vertretung der Kriegsopfer bei den Wirtschaftskonferenzen der Nationen."

In einer anderen Entschliessung, die sich mit der Frage der Jugenderziehung befasst, wird gefordert, dass die Sicherung des Friedens durch eine tatkräftige Aktion der Jugend im Geiste der Völkerverständigung unterbaut werde. Man müsse die junge Generation davon überzeugen, dass der Krieg ein ungeeignetes Mittel

ist, Konflikte zwischen den Völkern zu lösen. Es wurde zu diesem Zweck beschlossen, einen ständigen Meinungsaustausch zwischen den Kriegsoptionen der verschiedenen Völker durchzuführen.

-----

SPD. Der neugebackene Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstags Reinhardt hat sofort nach seiner Wahl gezeigt, dass er in keiner Hinsicht mit dem bisherigen verdienten Vorsitzenden, dem Sozialdemokraten Hugo Heimann, verglichen werden kann. Reinhardt lässt im "Völkischen Beobachter" behaupten, schon in der ersten konstituierenden Sitzung des Haushaltsausschusses sei seiner Initiative der "Erfolg" entsprungen, dass die beiden Unterausschüsse, also sowohl der ständige Unterausschuss als auch der für die Rechnungsprüfung, die Zahl ihrer Mitglieder um ein Drittel, also von 12 auf 8, beschränkt haben. Das sei ein grossartiger Ersparniserfolg.

Tatsächlich ist die Zahl der Mitglieder der beiden Unterausschüsse durch die Verringerung der Zahl der Fraktionen automatisch von 12 auf 7 gesunken. Abseits der Nationalsozialisten waren damit nicht einverstanden. Ihr Sprecher verlangte im Gegensatz zu dieser selbstverständlichen Schrumpfung eine Vergrößerung der beiden Unterausschüsse, damit die Nationalsozialisten in ihnen mehr Plätze bekämen. Das wurde jedoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums abgelehnt.

In Wirklichkeit ist es also so, dass der neugebackene Vorsitzende des Haushaltsausschusses eine an sich eingetretene Verringerung der Sitze in den beiden Unterausschüssen als seinen persönlichen Erfolg bucht, während seine Fraktion einer Vergrößerung dieser beiden Unterausschüsse das Wort geredet hat.

Um den Witz vollständig zu machen, bedeutet überdies auch die Verkleinerung der beiden Unterausschüsse, die sich durch die geringere Anzahl von Fraktionen selbst ergeben hat, keine irgendwie geartete "Ersparnis" gegenüber früher, denn auch in den beiden Unterausschüssen des alten Reichstags waren kaum jemals mehr als 7 bis 8 Reichstagsabgeordnete tätig - weil die Nationalsozialisten und zeitweise auch die Deutschnationalen sich ihrer Arbeitspflicht entzogen haben!

Der neue Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstags muss noch sehr viel lernen. Im besonderen muss er sich angewöhnen, die Wahrheit zu sagen, ehe er auch nur entfernt mit dem bisherigen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses verglichen werden kann.

-----

SPD. Frankfurt a.M., 2. Sept. (Sig. Drahtb.)

Die hiesige sozialdemokratische "Volksstimme" ist vom Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau für die Dauer von drei Tagen bis einschl. 5. September verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen des Abdrucks des "Vorwärts"-Artikels, der auch zu dem Verbot dieses Blattes führte. In dem Artikel war die Kanzlerrede in Münster als ein "Programm des Verfassungsbruchs" bezeichnet worden.

-----

SPD. Einer jener Gründe, mit dem Herr von Papen den Sturz Brünings rechtfertigte, waren "die aufbauwilligen Kräfte der Nation", denen "das System" den Weg versperrt habe. Ihn freizumachen, zum Wiederaufstieg und Wiederaufbau der Nation und des Wirtschaftslebens, damit hat der Beauftragte des Herrenklubs sein Kommen begründet und seine Arbeit begonnen.

Im Namen dieser "aufbauwilligen Kräfte" wurde die verfassungsmässige preussische Regierung ihres Amtes enthoben, wurden zahllose erprobte Beamte und Diener des Staates in die Wüste geschickt, wurden Notverordnungen erlassen, wurde der Reichstag aufgelöst und neugewählt. Das SA-Verbot wurde aufgehoben, alles, alles und noch viel viel mehr, damit sich diese "aufbauwilligen Kräfte" in vollendeter Freiheit und ledig jeden Zwanges entfalten konnten!

Wie herrlich und schön haben sie es verstanden und getan. So vollendet, dass das Krachen der Bomben und das Knallen der Revolver weit weit über Deutschlands Grenzen hinaus gehört wurde. Ganze Provinzen zeugten von der Stärke der aufbauwilligen Kräfte. Es zeugten davon geborstene, mit Dynamit gesprengte Mauern und Strassenfronten, zertrümmerte Geschäftshäuser, demolirte Wohnungs-, Zeitungs- und Gewerkschaftseinrichtungen, zerfetzte Leichname und hinterlassene Frauen, Mütter und Waisen. Bis endlich selbst Herr von Papen eine solche Aufbaukraft zu stürmisch wurde. Mit Standgerichten, Todesstrafen und Zuchthäusern musste schliesslich dem Vaterstolz des Herrenklubs etwas Abbruch und der vorwärtadrängenden Jugendkraft stolzen "nationalen" Naziwollens ein wenig Einhalt geboten werden.

Jmmerhin! Eltern- und Erzeugerliebe verträgt manchen Stoss und Schuss, und welche Jugendkraft hätte nicht ihre Flegeljahre? Für Herr von Papen sass einmal die "aufbauwilligen" Herren nirgendwo als in den Braunen Häusern. Also heran mit ihnen, hinein in die Regierung, für deutsche Art, für christliche Kultur und des Vaterlandes Heil! Sonderbarerweise zeigten sich aber die Vielgeliebten in den Beratungszimmern nicht minder stürmisch als draussen auf der Strasse.

Die griechische Sage erzählt vom Zeitengotte Chronos, der seine eigenen Kinder friast. Im Deutschland des Herrn von Papen ist es umgekehrt. Hier wollen die Kinder die Väter verschlucken; die "aufbauwilligen Kräfte" jene, die sie entbunden und losgelassen. Alles oder nichts - erklärte dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten Herr Hitler, als er gebeten wurde zu helfen, den Karren ein wenig aus dem Dreck zu ziehen. Den ganzen Laden her, oder wir halten unser Wort nicht!

Und sie haben ihr Wort nicht gehalten! Jedes Hilfs- und Unterstützungsversprechen wurde abgeleugnet. So gross auch das Leid und so schwer der Entschluss, die die Kräfte gerufen, sahen sich gezwungen, sie wieder vor die Türe zu setzen. Da stehen sie jetzt draussen, wutentbrannt, tobend und schimpfend. Die draussen und die drinnen, die Rufer und die Gerufenen, jeder erklärt betrogen und hineingelegt worden zu sein. Heute beschimpfen sie sich - morgen sitzen sie zur Abwechslung wieder am reichbesetzten Frühstückstisch eines grossen Bankfüraten. Aber der beste Champagner vermag die Sinnesart nicht zu ändern.

Wie es von Genf aus Herr von Papen der ganzen Welt verkündete, glaubt und sucht dieser Reichskanzler unbeirrt seinen Homunkulus-Hitler mit der Aufbaukraft. Aber mag Herr von Papen alle Laternen der Welt und selbst die des weisen Diogenes zu Hilfe nehmen, er wird seine "aufbauwilligen Kräfte" nicht finden, weil sie in Wahrheit nie gewesen sind und nur eine Erfindung waren und einer jener zahllosen Irrtümer, mit denen das Kabinett des Herrenklubs von der Stunde seiner Geburt an bis zum heutigen Tag nicht verlassen worden ist, von denen es sich nie wird lösen können, die es allezeit begleiten und über die das deutsche Volk eines Tages sein Urteil sprechen wird. Dass es geschieht, wenn es nicht zu spät, das ist die grosse Aufgabe der Sozialdemokratie und all jener, die an den wahren Aufbau Deutschlands glauben, der allein sein kann durch die Kraft der leidenden und schaffenden Massen des Volkes.

-----

SPD. London, 2. Septbr. (Eig. Drahtb.)

In Schottland hat sich aus den mit dem Bradforder Beschluss zur Trennung von der Labour-Party nicht einverstandenen Ortsgruppen der Unabhängigen Labour-Party eine neue Partei gebildet. Sie führt den Namen "Schottische Sozialistische Partei" und ist ebenso, wie die Unabhängige Labour-Party es früher war, selbständig, aber der Labour-Party angegliedert.

-----

SPD. Der erste Vorsitzende des zum Deutschen Beamtenbund gehörenden Verbandes Preussischer Polizeibeamter e.V. Ernst Schrader, der bereits seit mehreren Monaten einen Urlaub angetreten hat, wird, wie verlautet, "aus Gesundheitsrücksichten" nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

Schon Anfang Juli, als die Nationalsozialisten im Preussischen Abgeordnetenhaus die Auflösung des Schrader-Verbandes und die Konfiskation des Verbandsvermögens beantragten, behauptete die nationalsozialistische Presse, dass Schrader von seinem Urlaub nicht mehr an die Verbandsführung zurückkehren werde, weil man ihn als "Sündenbock in die Wüste geschickt" habe. Der Verband setzte diesen Behauptungen kein klares Dementi entgegen. Wohl aber war in dem Verbandsorgan unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Kriminalkommissar Bredeck, nicht mehr die klare republikanisch-demokratische Haltung zu beobachten, die Schrader stets eingenommen hatte.

Ganz offen trat der neue Kurs des Verbandes am 20. Juli in Erscheinung. Die Aufhebung des Verbots der Betätigung von Beamten in der NSDAP wurde als eine "Bereinigung der innerpolitischen Verhältnisse" begrüßt und das Bekenntnis abgelegt, die Polizeibeamtenschaft müsse "dem Umstand gebührend Rechnung tragen", daß es der nationalsozialistischen Bewegung gelungen sei, sich von den kleinsten Anfängen zu dieser Stärke zu entwickeln. Der jetzige Vorsitzende Bredeck verstieg sich in einer Betrachtung über die verfassungsändernden Pläne der Regierung sogar zu der Behauptung, daß die Heraufsetzung des Wahlalters, die Änderung des Wahlsystems und die Errichtung einer 2. Kammer "an dem Grundsatz der Weimarer Verfassung nicht rütteln" würde. Alles deutet also auf eine Kursänderung im Verband Preussischer Polizeibeamter hin, der sich bisher stets als einer der fortschrittlichsten Verbände im Deutschen Beamtenbund bewährt hatte.

-----  
SPD. Rostock, 2. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die spinale Kinderlähmung hat nunmehr auch auf mecklenburgisches Gebiet übergegriffen. Besonders im östlichen Mecklenburg sind in den letzten Tagen wiederholt Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Der Amtshauptmann des Amtes Malchin hat die sofortige Schliessung aller Schulen im Landbezirke des Amtes angeordnet, da Gefahr besteht, daß die spinale Kinderlähmung weiter um sich greift.

-----  
SPD. Paris, 2. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die "Information" veröffentlicht ein Interview mit dem tschechischen Aussenminister Benesch über die Erfolgsaussichten der neuen Donaukonferenz von Stresa. Benesch zeigt sich sehr bescheiden, wenn er glaubt, dass wahrscheinlich nur folgendes erreicht werden dürfte: 1.) Annahme eines Systems von Vorzugszöllen für Getreide, 2.) Gründung eines gemeinsamen Verkaufsorganismus für den Getreideüberschuß, 3.) Abschaffung der Hemmnisse im Devisenverkehr und im Aussenhandel, 4.) Abschluss verschiedener doppelseitiger Handelsverträge wie z.B. zwischen Ungarn und Tschechoslowakei und Jugoslawien und Österreich. Schliesslich verlangt Benesch, dass man den Donaustaaten sämtliche Reparationslasten erlassen müsse.

SPD. Die preussische "Verwaltungsreform" ist am Freitag von der kommissarischen preussischen Regierung fertiggestellt worden. Sie sieht u.a. die Zusammenlegung preussischer Ministerien, eine Entlastung der Oberpräsidien durch Uebertragung eines Teiles ihrer Aufgaben auf die Regierungspräsidien und eine Stärkung der Stellung der Landräte vor. Das Ziel dieser Verwaltungsreform, die auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt werden soll, ist die Zurückdrängung der Selbstverwaltung zugunsten der Bürokratie. Also rückwärts auf der ganzen Linie.

-----

SPD. London, 2. Septbr. (Fig.Drahtb.)

Der 64. englische Gewerkschaftskongress beginnt am Montag in New Castle. Der Generalrat berichtet, dass die Mitgliederzahl sich um 100 000 auf 3,6 Millionen verringert hat, ein angesichts der Wirtschaftslage nicht unbefriedigendes Ergebnis. Allerdings sind inzwischen auch kleinere Gewerkschaften zur Mitgliedschaft zugelassen worden, die der Kongress bisher ausschloss, weil sie Arbeitergruppen vertreten wollen, für die es bereits Gewerkschaften gibt, die dem Kongress angeschlossen sind.

-----

SPD. "Potadam, Preussentum und preussischer Stil" das war am Freitag das Abendbrot für einen grossen Teil der deutschen Rundfunkhörer. Selbst die Flöte des Alten Fritz wurde nicht geschont, um "Preussena Glanz und Gloria" vom Grossen Kurfürsten an bis zu Wilhelm dem Letzten für einen Teil der deutschen Sender auferstehen zu lassen.

Wie mag der Schlossherr von Doorn gejubelt und wie hoch müssen die "Stahl"beine geflogen sein, als sie die schnarrenden Kasernenhoftöne und die Kommandorufe der Feldwebel und Leutnants vernommen haben, wie einst im Mail Die Politik des Herrenklubs, übersetzt im Rundfunk. Und wer es nicht aus der Musik, den Parademärschen und dem Absatzknallen entnehmen konnte und sich vielleicht in ein Panoptikum versetzt glaubte, dem verdeutschten es ein Grossvater, ein Feldwebel und ähnliche fridericianische Gestalten. Dem wurde erzählt, wie herrlich es früher unter dem Kaiserreich gewesen ist, wie herrlich weit wir es gebracht hatten mit den Wilhelms und ihren Kanonen, mit dem Parademarsch und dem Exerzierreglement.

Die Jugend versuchte man in der Uebertragung dadurch zu begeistern, dass man ihr von den schulfreien Paradedagen erzählte. Dass das Ende dieser Parade und des wilhelminischen Zeitalters zwei Millionen deutscher Toter gewesen ist, der schrecklichste Hunger und Zusammenbruch der Weltgeschichte, alles das gilt nicht mehr für die neue "Staats"- und "Rundfunkführung". Sie weiss aus dem Elend dieser Zeit keinen anderen Ausweg als das Volk in einen Hurra-Patriotismus hineinzumännern, durch den alles, Not und Elend und ihre eigenen Abenteurer vergessen gemacht werden sollen. Aber unser Volk denkt Gott sei Dank nüchterner als die Herren, die zurzeit in Deutschland Machthaber spielen. Es beurteilt diese Herren nicht nach ihren Worten sondern nach ihren Taten, nicht nach den Flötentönen von Sanssouci sondern nach der Hungermusik von 1932. Und dieses gesunde Urteil ist uns eine Gewähr dafür, dass die gegenwärtigen Machthaber, die sich an ihren Ministersitz klammern, wie ein Krebs an seine Beute, schliesslich doch verschwinden müssen.

-----

SPD. Paris, 2. Sept. (Fig.Drahtb.)

Der Präsident der Republik Lebrun kehrt am Sonnabend aus dem Sommerschloss Rambouillet nach Paris zurück, um den Vorsitz in einem Ministerrat zur Prüfung des deutschen Memorandums über die militärische Gleichberechtigung abzuhalten. Die Dienststellen des Quai d'Orsay haben das deutsche Schriftstück inzwischen

eingehend durchgeprüft, anscheinend aber ohne zu irgend einem Entschluss gekommen zu sein.

Wie verlautet, wird die französische Regierung eine ausführliche sachliche Antwort auf das deutsche Dokument vorläufig nicht geben. Sie wird sich lediglich mit der Empfangsbestätigung begnügen. Die Pariser Presse behauptet, dass Frankreich zunächst auf das Ergebnis seiner diplomatischen Rundfrage in Washington, London, Rom, Prag, Warschau usw. warten wolle, bevor es weitere Schritte unternahme. Die juristischen Sachverständigen des Quai d'Orsay seien der Ansicht, dass der Völkerbund für das deutsche Verlangen nicht zuständig sei, da es sich um eine Revision des Versailler Vertrages handle, der vor der Gründung des Völkerbundes abgeschlossen wurde. Auch die Abrüstungskonferenz sei angeblich nicht zuständig, weil sie nicht über eine Aufrüstung Deutschlands, also über einen Gegenstand Beschluss fassen könnte, der mit ihrem Programm im Widerspruch stünde. Es bleibe also nur der weitläufige Weg diplomatischer Kanzleiverhandlungen, wobei Frankreich zur besseren Geltendmachung seiner Einwände sämtliche Unterzeichner des Versailler Vertrages hinzuziehen will.

Inzwischen dauert das Trommelfeuer der Pariser Presse gegen die deutsche Forderung an. Die Blätter werfen Deutschland vor, dass seine Forderungen nicht nur mit dem Friedensgedanken des Völkerbundspaktes und des Locarno-Paktes, sondern auch mit dem Kellogg-Pakt in Widerspruch stünden. "Entweder hat der Wille Deutschlands zur Wiederaufrüstung überhaupt keine praktische Bedeutung - erklärt der "Temps" - oder aber nur die, dass in Deutschland der Krieg nicht mehr als ein Verbrechen gegen jede menschliche Moral, sondern als ein Instrument zur Erreichung der nationalen Ziele angesehen werde." Das "Journal des Debats" macht darauf aufmerksam, dass Deutschland mit seiner Forderung nur seine alten Verhältnisse gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages legalisieren lassen wolle. Die "Liberté" meint, dass durch das neue Misstrauen nach der deutschen Demarche die Donaukonferenz von Stresa und die Weltwirtschaftskonferenz zu einem sicheren Misserfolg verurteilt seien.

-----

SPD. Am 31. August wurde der Berliner Reichsbannermann Rothe von dem ersten Berliner Sondergericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Rothe, der inzwischen zur Verbüßung der Strafe in eine Strafanstalt überführt wurde, ist am Freitag in den Hungerstreik getreten.

Rothe hat stets behauptet, an den ihm zur Last gelegten Taten völlig unschuldig zu sein. Allem Anschein nach liegt ein Fall vor, der eher als das Beuthener Urteil einer Nachprüfung bedarf.

-----

SPD. In Berlin wurden im Zusammenhang mit der Erschiessung eines Nationalsozialisten in Charlottenburg 18 Kommunisten verhaftet. Die Polizei glaubt, dass sich unter den Verhafteten die eigentlichen Täter befinden. Die Untersuchung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

-----

SPD- Am Donnerstagabend wurde der Presse von den Unterhändlern für die schwarz-braune Regierungskoalition ein Bericht über Stand und Ziel ihrer Verhandlungen übergeben. Alle Berliner Zeitungen haben diese nationalsozialistisch-zentrierten Mitteilungen veröffentlicht. Wer aber am Freitag dieses Komunique seinen Lesern verschwiegen und unterzogen hat, ist das Berliner Nazi-Blatt "Der Angriff". Wahrscheinlich, weil Nazi-Goebbels persönlich an den Verhandlungen nicht beteiligt und auch nicht als Minister in Aussicht genommen ist. Man benötigt ihn zwar als Agitator, aber sobald es um ernstere Dinge geht, wird er wie ein Holzklötzchen beiseitegeschoben. Seine Rache ist die passive Resistenz gegen die, die sich ohne ihn zu höherem berufen fühlen.

-----

# Aus aller Welt

## Der verbotene Hindenburg.

-----  
Braucht in der Pickelhaube - Schwüre um Wilhelm II. - Verzernte Gesichter  
und empörte Jungfrauen - Eine Schau des Unerlaubten.

SPD. Der neueste Fall der Filmzensur ist einer ihrer interessantesten: im Tannenberg-Film, der dieser Tage in Berlin uraufgeführt werden sollte, wurden von der Filmprüfstelle alle diejenigen Szenen verboten, in denen Reichspräsident von Hindenburg auftritt. Die Filmprüfstelle, gegen deren Entscheid Beschwerde eingelegt wurde, ist der Meinung, daß durch das Auftreten Hindenburgs, der von einem guten Schauspieler verkörpert wird, lebenswichtige Interessen des Staates verletzt werden. Da aber bei der ersten Vorführung die Sachverständigen des Reichsinnen- und des Reichswehrministeriums auf ausdrückliches Befragen erklärt haben, daß der Film die Persönlichkeit Hindenburgs in keiner Weise herabwürdige, ist der Standpunkt der Filmprüfstelle nicht recht verständlich. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Hindenburg selbst gegen den Tannenberg-Film Einspruch erhoben hat. Zudem galt bisher als gesetzliche Norm, daß Personen der Zeitgeschichte auch ohne ihre Einwilligung abgebildet oder filmisch verbreitet werden dürfen, wenn nicht ein besonderes berechtigtes Interesse der Abgebildeten verletzt wird. Man darf also gespannt sein, ob der Standpunkt der Filmprüfstelle durch die Oberprüfstelle sachlich und juristisch gerechtfertigt werden wird. In Wien läuft der Tannenberg-Film übrigens schon ungeschnitten.

Es ist möglich, daß die jetzt beanstandeten Hindenburgbilder die Prunkstücke einer Sonderschau über das Thema "Filmzensur", die in nächster Zeit in Berlin eröffnet werden wird, bilden. Aus den verbotenen Filmphotos, die hier zur Ausstellung gelangen werden, läßt sich ein Stück Kulturgeschichte lernen. Dabei muss man wissen, daß noch bis zum Jahre 1920 die Macht, einen Film ganz oder teilweise zu verbieten, in der Hand jedes örtlichen Polizeigewaltigen lag: erst 1920 wurde eine zentrale Lichtspielzensur geschaffen.

Die Grenzlinien, die der Moral jeweils gezogen wurden, sind recht verschieden. Vor dem Krieg galt es als Gipfel der (verbotenen) Erotik, wenn der Regisseur eine Gesellschaftsszene zeigte, in der junge Damen in - Matrosenanzügen zu sehen waren. Noch vor ein paar Jahren wurden Filmszenen verboten, in denen der männliche Held die Diva in Großaufnahme auf den Hals küßt. Schon vor der Amtszeit des Dr. Braucht wachte der Zensor mit gezückter Schere ängstlich darüber, daß ja kein Zentimeter Fleisch zuviel auf der Leinwand zu sehen war, und die Mehrzahl der "moralischen" Verbote galten solchen Bildern.

Politische Filmzensur - wir denken also an "Tannenberg", an "Potemkin", "Im Westen nichts Neues" und ähnliche Fälle. Aber die Geschichte der politischen Filmzensur ist älter: schon 1917 wurde der Film "Ferdinand Lassalle" gedreht, mit Erich Kaiser-Tietz und Viktor Janson in den Hauptrollen. Selbstverständlich begegnete das Werk, das von starkem künstlerischem Wollen be-seelt war, den stärksten Zensurschwierigkeiten und verfiel einer Reihe von gänzlichen oder teilweisen Verboten. Größtes Aufsehen erregte 1920 ein anderer politischer Film "Wilhelm II". Ferdinand Bonn drehte ihn als Angriff gegen die unheilvolle Regierungszeit des Exkaisers; der aber erwirkte ein Gerichtsurteil gegen den Film. Das Negativ mußte verbrannt, sämtliche Foto-

platten und Abzüge mußten vernichtet werden, und alle Beteiligten mußten schwören, daß sie keine Fotos mehr hätten.

Gruselige Kriminalfilme waren schon immer recht beliebt. Aber die Zensoren setzten der Sensationslust des Publikums enge Grenzen. Auf einem solchen verbotenen Szenenfoto erwürgt Alwin Neuß seine Partnerin Hanni Weiße; auf einem anderen liegt ein Überfahrener quer über den Eisenbahnschienen; ein drittes zeigt einen Toten, der vor den maskierten Mitgliedern eines Verbrecherklubs den Geist aufgegeben hat. In "Peter der Große" mußte die Szene herausgeschnitten werden, in der ein Galgen mit den Opfern des Zaren, zu sehen ist; in der "Frauengasse von Algier" schnitt die Zensorschere jene Szene heraus, in der ein Darsteller auf den anderen mit dem Messer losgeht. Wenig bekannt ist es, daß auch aus den "Nibelungen" ein paar Meter gestrichen wurden: jene, die den Speer zeigen, von dem Siegfried durchbohrt wird. Übrigens darf bis auf den heutigen Tag nicht gezeigt werden, wie ein Tresor oder Geldschrank aufgeknackt wird - der Zensor befürchtet wohl die schnelle Auffassungsgabe des lerneifrigen Publikums.

Vor dem Krieg waren Kloster- und Kirchenszenen Tabu. Aber auch Jungfrauen durften nicht filmisch ironisiert werden; 1912 wurde ein Film, in dem ein Jungfrauenverein verurteilt wurde, auf Grund eines Protestes der Jungfrauenvereine verboten. Eines der merkwürdigsten Filmverbote betraf das Werk "Von Morgens bis Mitternachts", das in der Zeit kurz nach dem "Kabinett des Dr. Caligari" gedreht wurde, und in dem es so expressionistisch zuging, daß buchstäblich keine gerade Linie zu sehen war; sogar die Darsteller mußten sich expressionistisch schminken. Die Prüf stelle erließ das Verbot gegen diesen Film, weil es - so lautete das Urteil wörtlich - "keinem Menschen zugemutet werden könne, derart verzernte Gesichter zu sehen..." Das Negativ wurde verbrannt, die Fotoplatten mußten vernichtet werden.

Der erste "Autorenprozeß" um einen Film fand bereits 1912 statt. Es ging um die damals von Max Mack mit Ferdinand Bonn in der Hauptrolle gedrehte erste Verfilmung des "Katzenstegs" von Sudermann. Da das Filmmanuskript aber die Handlung in eine andere Gegend verlegt hatte, protestierte Sudermann und erzielte eine einstweilige Verfügung gegen den Film, die allerdings nach 14 Tagen wieder aufgehoben werden mußte.

Besonders interessant ist der zweite Film, um den prozessiert wurde. Es handelte sich um die Verfilmung von "In achtzig Tagen um die Erde", den berühmten Roman von Jules Verne. Conrad Veidt hatte seine erste Hauptrolle; Richard Oswald führte die Regie die Schauspieler Reinhold Schünzel, Eugen Rex, Mia Pankau und die verstorbene Anita Berber spielten mit. Leider hatte die Produktionsfirma vergessen, die Genehmigung der Erben Jules Vernes einzuholen; sie erlangten ein Urteil gegen den Film. Er mußte vernichtet werden.

Ela.

+ + +  
Verurteilte Postbetrüger. Im Traunsteiner Prozeß gegen die Wasserburger Postbetrüger wurde der ehemalige Postbeamte Aumüller zu 4½ Jahren, die frühere Postagentin Steubl zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten hatten mit Hilfe eines raffinierten Betrugssystems die Reichspost in langjähriger "Arbeit" um 208 000 Mark betrogen.

+ + +  
Güterzug im Fluß. In der Nähe von Sudmühlen im Münsterland rissen sich vier Wagen eines von Münster kommenden Eilgüterzuges während des Passierens der Emsbrücke los und stürzten etwa 6 Meter tief in das seichte Flußbett. Verletzt wurde niemand.

+ + +

"Schmerzliche" Operationen... In Graz wurden mehrere Medizinstudenten verhaftet, die, ohne genügende Sachkenntnis, Männer durch operativen Eingriff künstlich sterilisiert hatten. Die Studenten hatten ihre Patienten mit der Bemerkung angelockt, daß die Operation jeweils nach dem System des Universitätsprofessors Schmerz vorgenommen werden würde. In Wahrheit sind infolge dilettantischer Behandlung zahlreiche Patienten, die durch Schlepper mit verbundenen Augen in das Operationslokal gebracht wurden, regelrecht kastriert worden. Die "Operateure", die sich bereits einen enormen Kundenkreis erworben hatten, verlangten für eine Operation im Durchschnitt 80 Schilling. Der Hauptschuldige, ein Bulgare, ist geflüchtet.

"Pantheon der Gehirne". In Moskau wurde ein Pantheon der Gehirne gegründet. Vorläufig sind hier die Gehirne von 30 bedeutenden Persönlichkeiten, u.a. auch das Gehirn Lenins ausgestellt.

Tolk-Urteil. Das I. Berliner Sondergericht (Landgerichtsdirektor Tolk) verurteilte den kommunistischen Arbeiter Stühmer wegen versuchten Totschlags zu drei Jahren Zuchthaus; die Angeklagten Altenpohl, Kreisel und Krüger wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je zwei Jahren Gefängnis und den Angeklagten Fabianke aus dem gleichen Grunde zu einem Jahr Gefängnis.

Der Verhandlung lag eine kommunistisch-nationalsozialistische Schießerei in der Berliner Schäferstraße zugrunde. Der Zusammenstoß war am 30. Juli, also vor Erlass der Terror-Notverordnung, erfolgt. Stühmer und Kreisel waren durch Schüsse verletzt worden. Stühmer war es auch, der eine Anzeige gegen mehrere tatverdächtige Nationalsozialisten erstattet hatte. Trotzdem ist dieser Anzeige von der Staatsanwaltschaft überhaupt nicht nachgegangen worden! Hingegen kam Stühmer mit seinen Freunden auf die Anklagebank. Verschiedene Zeugen sagten entlastend aus. Nur ein Nationalsozialist behauptete, daß der Angeklagte Stühmer geschossen habe. Diesem Zeugen wurde geglaubt. Bei Fabianke erklärte Landgerichtsdirektor Tolk, daß das Gericht zwar nicht wisse, ob er unmittelbar zur Gruppe der Streitenden gehört hätte, aber jedenfalls sei er dort gesehen worden.

Umkehr. Die deutsche Himalaja-Expedition ist vor Erreichung ihres Zieles, des Nanga-Parbatgipfels, umgekehrt. Mehrere Expeditionsteilnehmer sind unterwegs schwer erkrankt.

Zeppelin bis Rio. Das Luftschiff "Graf Zeppelin", dessen regelmässige Südamerikafahrten bisher in Pernambuco endeten, wird vom 12. September ab seine Südamerikafahrten bis Rio de Janeiro ausdehnen. Von Rio aus bestehen gute Schiffs- und Flugzeuganschlüsse nach Buenos Aires, Montevideo usw.

Dreifacher Mord! Unbekannte Täter haben in der Nacht zum Freitag in Herten (Kr. Lüdinghausen/Ruhrgebiet) den Landwirt Römer, seine Frau und die Magd Maria Schlüter auf bestialische Weise ermordet. Allem Anschein nach hat ein heftiger Kampf zwischen den Verbrechern und ihren Opfern, deren Leichname zahlreiche Messerstiche aufweisen, stattgefunden. Alle Behältnisse waren durchwühlt; wieviel den Tätern in die Hände gefallen ist, steht bis jetzt noch nicht fest.

Der Pagenmörder. Am Freitag wurde der Berliner Pagenmörder Rolf vom Busch, gegen den bereits am Donnerstag Haftbefehl erlassen wurde, dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Vom Busch wird des vorsätzlichen und überlegten Mordes beschuldigt.

-----

## Lohndruck als Rettung.

### Die Phantastereien des Papen-Programms.

SPD. In dem Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen-Schleicher befindet sich ein grundsätzliches Bekenntnis gegen die Autarkie. Das klingt ganz vernünftig; praktisch aber bedeutet es, dass man mit diesem grundsätzlichen Bekenntnis zahlreiche Zölle auf Lebensmittel und Industriewaren erhöht und darüber hinaus auch noch Einfuhrkontingente für Lebensmittel einführen will. Bei dieser Praxis kann das schönste "grundsätzliche" Bekenntnis gegen die Autarkie nicht verhindern, dass sich durch handelspolitische Rückwirkungen die Absatzmöglichkeiten für den deutschen Industrieexport weiter verschlechtern werden und dass damit in dem gleichen Augenblick, in dem man durch die Steuergeschenke ein rein privatkapitalistisches Ankurbelungsexperiment mit äusserst zweifelhaften Chancen unternehmen will, auf der andern Seite neue Beschränkungen der industriellen Arbeitsmöglichkeiten herbeigeführt werden.

Des weiteren hat Herr v. Papen erklärt, dass die Grundsätze des Tarif- und Schlichtungswesens aufrecht erhalten werden sollen. Wieder ein schönes "grundsätzliches" Bekenntnis, auf das eine durchaus entgegengesetzte Praxis folgen soll. Denn im gleichen Augenblick, in dem man sich zu dem Grundsatz bekennt, will man praktisch die alten Unternehmerwünsche auf Durchlöcherung des Tarifrechts voll erfüllen. Einmal sollen die Tariflöhne dort unterschritten werden, wo eine Gefährdung der Aufrechterhaltung von Betrieben bei den bisherigen Löhnen vorliegt. Das ist eine Kautschukformel, deren Anwendung bei den Instruktionen, die die Schlichter von dieser Regierung erhalten werden, nur in der Richtung des allgemeinen weiteren Lohndrucks wirken kann. Zum zweiten sollen die Tariflöhne überall dort unterschritten werden, wo auf Grund des einzuführenden Prämiensystems Neueinstellungen von Arbeitskräften erfolgen. In beiden Fällen wird gleichsam zum Trost gesagt, dass die Löhne nicht unter das "Existenzminimum" sinken sollen. Im Entscheidenden bekennt man sich also wieder einmal zu der ebenso alten wie falschen Unternehmertese, dass der Weg zur wirtschaftlichen Belebung und zur Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten über den Lohndruck führen müsse. Dabei braucht man die alten Phrasen von der ungesunden Starrheit des Tarifsystems.

Es ist notwendig, gegenüber diesen sozialreaktionären Auffassungen, die das Papen-Programm beherrschen, immer wieder auf die Tatsache hinzuweisen, dass in dieser Krise von einer Starrheit der Löhne überhaupt keine Rede sein kann, sondern dass das Rezept des Lohndrucks schon in höchstem Masse Anwendung gefunden hat, allerdings ohne den Erfolg der Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten mit sich zu bringen. Nach einer Aufstellung des Internationalen Arbeitsamtes vom Mai 1932 sind, wenn man den Stand der Stundenlohnsätze von 1929 = 100 setzt, bis zum ersten Vierteljahr 1932 die Löhne im Durchschnitt wie folgt gesunken:

in Deutschland auf	82,9
in den Vereinigten Staaten auf	88,7
in England	96

Diese Zahlen zeigen, dass nicht nur die Senkung der Stundenlohnsätze sehr erheblich gewesen ist, sondern auch, dass sie in Deutschland mit dem

"starrten Tarifsystern" viel weiter gegangen ist als in den anderen Vergleichs-  
ländern. Selbstverständlich ist auf Grund von Arbeitslosigkeit und Kurz-  
arbeit die Verminderung des Arbeitseinkommens noch ungleich heftiger gewese-  
sen, als es in der Verminderung der Stundenlöhne zum Ausdruck kommt. In dem  
neuesten "Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung" wird folgende Aufstel-  
lung gegeben:

Vom 4. Vierteljahr zum 1. Vierteljahr des darauffolgenden Jahres  
sank das Arbeitseinkommen:

1928/29 um	5 v.H.
1929/30 "	5 v.H.
1930/31 "	10 v.H.
1931/32 "	16 v.H.

Der scharfe Schnitt im Jahre 1932 war auf den Eingriff der Dezember-  
Notverordnung zurückzuführen, der, wie das Institut schreibt, einen Teil  
des künftigen konjunkturellen Rückgangs vorwegnahm. Dass es nun nach diesen  
heftigen Lohndrcken volkswirtschaftlich vernünftig sein soll, durch die  
Zerstörung der Tarife eine neue Lohndruckwelle hervorzurufen, wird ausser-  
halb der engsten Interessenvertretungen der Unternehmer niemand einsehen  
können. Das Institut für Konjunkturforschung weist darauf hin, dass es klar  
sei, dass der Rückgang der Einkommen den Verbrauch aufs schärfste gedrosselt  
habe, und dass für eine grosse Reihe von Verbrauchsgütern die Rückwirkung  
von Einkommensvernderungen auf die Absatzschrumpfung ausserordentlich steigt,  
wenn das durchschnittliche Einkommensniveau so niedrig wird, wie dies augen-  
blicklich der Fall ist. Der Bericht weist weiter darauf hin, dass auf Grund  
der Belastungen durch Steuerabzüge und Sozialversicherungsbeiträge der aus  
Arbeitseinkommen zum freien Verbrauch zur Verfügung stehende Einkommensbe-  
trag tatsächlich noch stärker gesunken ist, als sich dies in den Zahlen des  
Bruttoeinkommens zeigt. Trotz dieser Erkenntnis bleibt die klare Richtlinie  
des Papen-Programms neuer Druck auf das Arbeitereinkommen!

Was dabei der Hinweis auf die Grenze des Existenzminimums, das nirgends  
bisher festgelegt worden ist, praktisch bedeutet, kann man sich ungefähr vor-  
stellen, wenn man die Anwendung des Begriffes von "ausreichenden Löhnen"  
in der Praxis der Kürzung von Arbeitslosenuntersttzungen auf Grund der er-  
sten Notverordnung der Freiherrnregierung betrachtet. Im "Textilarbeiter"  
vom 2. September werden über die Kürzung von Hungerrenten, weil Elendslhne  
noch als "ausreichend" betrachtet worden sind, eine Reihe von geradezu  
furchtbaren Beispielen aus dem Bezirk Pssneck gegeben, von denen hier nur  
eines herausgegriffen werden soll:

"In einem kleinen Landorte beantragte ein Arbeitsloser Wohlfahrts-  
unterstützung. Seine Familie besteht ausser ihm und seiner Frau aus  
zwei erwachsenen Kindern und einem schulpflichtigen Kinde. Die Unter-  
stützung wurde abgelehnt, weil die beiden erwachsenen Kinder ein w-  
chentliches Einkommen von zusammen 15.-- Mark haben."

Danach kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie sich in den  
Köpfen der Lohndruckpropagandisten die Schutzgrenze des Existenzminimums aus-  
maht.

Man mag noch so phantasievoll die finanziell sehr bedenklichen Formen  
der Arbeitsbeschaffung durch Steuergeschenke an die Unternehmer aufziehen,  
solange der neue Druck auf die Massenkaufkraft durch Zerstörung des Tarif-  
rechts und Lohnraub das Kernstück des Papenschen Wirtschaftsprogramms bleibt,  
wird man von ihm keinen Segen für die Gesamtwirtschaft erwarten dürfen. Die  
Arbeiterschaft kann dieses Programm nur als einen feindseligen Akt betrach-  
ten und sie muss ihre politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen  
zur Abwehr dieser reaktionären Politik mit allen Kräften stärken.

SPD. Die Entwicklung der Reichsbank vor Schluss des Monats August (4. Augustwoche) unterstreicht die Möglichkeit einer Diskontherabsetzung, die wohl nach der Behandlung der ganzen Frage im Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am 19. September erfolgen wird. In der vierten Augustwoche wurde der Reichsbankkredit nur mit 376,9 Millionen Mark vermehrt in Anspruch genommen gegenüber 350 Millionen Mark Ende Juli. Damit ist der gesamte von der Reichsbank gewährte Kredit auf 3 618,2 Millionen Mark angestiegen (Ende Juli 1932 = 3 744,4 Millionen Mark). In der Währungsreserve ergibt sich ein erheblicher Zuwachs und zwar haben sich die Gold- und Devisenbestände um 13,4 Millionen Mark auf 925,1 Millionen Mark erhöht. Die Erhöhung entfällt durchweg auf die Devisen, die sich auf 156,8 Millionen Mark steigerten. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen betrug Ultimo August 24,2% gegenüber 25,2 % in der Woche vorher und 22,5% Ende Juli.

---

SPD. Kaum zeigen die Preise auf den grossen Rohstoffmärkten Neigung zum Anziehen, was als Zeichen einer Konjunkturbesserung sicherlich zu begrüßen ist, so bemächtigt sich der Unternehmer ein bedenklicher Preistaumel. Ohne Zweifel wird sich eine Konjunkturbesserung nur mit steigenden Preisen vollziehen können. Nimmt man hier aber nicht die gebotene Rücksicht auf die Kaufkraft, dann beschwören Preissteigerungen in der verarbeitenden Industrie nur die Gefahr herauf, daß man die Konjunkturbelebung erschlägt.

Viel Sorge macht die Entwicklung auf dem Benzinmarkt. Nachdem man die Benzinkonvention wieder zusammengeleimt hat, haben sich anscheinend auch die Neigungen wieder eingestellt, die Preise ruckweise in die Höhe zu setzen. In Berlin hat man z.B. die Rabatte bereits abgebaut. Dass eine derartige Preispolitik sich für alle Beteiligten in der Kraftverkehrswirtschaft schädlich auswirken muss, versteht sich von selber.

Neigung zu Preisexperimenten scheint man auch in der Baumwollindustrie zu haben. Nun ist die Baumwolle in der letzten Zeit stärker angestiegen. Den Höchstpreis erreichte Baumwolle, immer 100 Kilogramm genommen, Ende 1923 mit fast 332 Mark. In der Depressionszeit fiel dann der Preis bis Juni 1932 auf 46,30 Mark. Bis Ende August hat sich eine Erholung auf rund 77,40 Mark vollzogen. Obwohl die Verteuerung des Rohmaterials sich auf die Verarbeitung nicht sofort auswirken kann, haben die Verarbeiter Gelegenheit genommen, vor allem die Garnpreise nach oben zu treiben. Der Garnpreis in Augsburg steigerte sich, von seinem Tiefstand gerechnet, um rund 15 %; die Gewebepreise haben diesen Schwung nicht ganz so scharf mitgemacht. Dagegen glaubt die sächsische Trikotagenindustrie, daß es an der Zeit sei, Preis-erhöhungen vorzunehmen. Man hält eine Preiserhöhung für Baumwollwaren ganz allgemein im Ausmass von 5 bis 15 Prozent für geboten.

Man kann nur immer wieder vor derartigen hemmungslosen Preisexperimenten warnen. Man kann nicht auf der einen Seite Kaufkraft bzw. Löhne abbauen und auf der andern Seite die Warenpreise hemmungslos in die Höhe setzen. Beides schließt sich aus.

---

SPD. Der Güterverkehr ist bei der Reichsbahn im Juli weiter zurückgegangen. Im Personenverkehr (Ferienreisen) konnte der Verkehrsumfang der Vorjahre nicht erreicht werden. Die Einnahmen stellen sich auf rund 253 Millionen Mark, die Ausgaben auf 266 Millionen.

---

Hausse hält an.

(Berliner Getreidebörse vom 2. September)

SPD. Die Ankündigungen der neuen Stützungsmaßnahmen durch die Reichsregierung wirkten sich auch am Freitag auf die Berliner Produktenbörse aus. Wenn auch die scharfen Preissteigerungen, die der Donnerstag=Nachmittags- und der Freitag=Vormittagsverkehr gebracht hatten, nicht durchgehalten werden konnten, lagen doch die Preise im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft etwa 1 bis 2 Mark über denen des Vortragsbörsenschlusses. Das Inlandsangebot hat sich allerdings kaum verstärkt. Da auch der Mehlmarkt weiter ruhig liegt, hielt sich das Geschäft am Promptmarkt für Weizen und Roggen in engen Grenzen. Die Preise zogen hier um etwa 1 Mark an. Nachfrage bestand für Exportscheine, da zurzeit Auslandsroggen nach dem Rheinland billiger geliefert werden kann als Inlandsroggen. Weizen- und Roggenmehl hatten laufendes Bedarfsgeschäft aufzuweisen. Hafer gut behauptet, Gerste weiter gefragt.

	1.9.	2.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	206 - 208	208 - 210
Roggen	159 - 161	160 - 162
Braugerste	175 - 185	175 - 186
Futter- und Industrierogerste	160 - 167	162 - 169
Hafer	134 - 139	136 - 141
Weizenmehl	25,00 - 30,25	25,00 - 30,25
Roggenmehl	21,60 - 23,85	21,80 - 24,10
Weizenkleie	9,70 - 10,20	9,70 - 10,20
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 221 3/4 - 223 (220 3/4), Okt. 223 - 223 3/4 (221 3/4), Dez. 224 1/2 (223 1/2), Roggen September 174 - 175 1/2 (172 1/2), Okt. 174 1/2 - 175 (174), Dez. 176 3/4 (175 3/4), Hafer Sept. 146 (145), Okt. 145 1/2 (145), Dez. 148 1/4 (147).

Berliner Viehmarkt.

(2. Sept.)

SPD. Das Schweineangebot war mit nicht ganz 9 200 Tieren knapper gehalten als an den Vormärkten; jedoch war der Auftrieb für die Nachfrage durchaus zureichend. Bei glattem Handel gaben die Preise nach. Auf dem Hammelmarkt konnten die Preise bei nicht ganz genügendem Auftrieb etwas anziehen. Bei den Kälberpreisen gab es Korrekturen nach unten. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund -, b) 240 - 300 Pfund 44 bis 45 (46), c) 200 bis 240 Pfund 43 - 44 (45 - 46), d) 160 bis 200 Pfund 40 bis 42 (42-44), e) 120 bis 160 Pfund 37 - 39 (39-41), Sauen 40 - 41 (40 - 42). Schafe: a) 31 - 32 (30 - 32), d) 33 - 35 (32 - 34) c) 30 - 32 (27 - 31), d) 18 - 28 (15 - 26). Kälber: b) 45 - 53 (46 - 53) c) 37 - 48 (38 - 48), d) 22 - 33 (22 - 35). Kühe: a) 25 - 27 (25 - 26) b) 20 - 24 (20 bis 24) c) 18 - 20 (18 - 20), d) 11 - 17 (11 - 17).



## Gewerkschaften und Regierungsprogramm.

---

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich dieser Tage mit den wirtschaftspolitischen Plänen der Reichsregierung, wie sie in der Rede des Reichskanzlers von Papen vom 28. August angekündigt wurden. Im Bundesvorstand herrschte Einmütigkeit darüber, daß diese Pläne die Gewerkschaften zu scharfer Abwehr herausfordern müssen. Entschieden bekämpfen die Gewerkschaften vor allem die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen von Arbeitskräften für alle Betriebsangehörigen zu senken.

Durch die Lohnkürzungen der letzten Jahre - so wurde in den Beratungen des Bundesvorstandes hervorgehoben - ist das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen bereits weit unter den Betrag gesunken, der zur Erhaltung der notdürftigsten Existenz unentbehrlich ist. Weitere Lohnsenkungen würden eine unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und neue, gesteigerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die beabsichtigte Kürzung der Löhne stehe auch im Widerspruch zu der vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster abgegebenen Erklärung, daß es der Sinn des Regierungsprogramms sei, der Deflationspolitik ein Ende zu machen.

Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde; wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 Mark für jeden neu eingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann nach der Ansicht des Bundesvorstandes auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern. Und auf die Kürzung der Löhne muß verzichtet werden, wenn die Reichsregierung der Mahnung des Reichspräsidenten, sie möge darauf achten, "daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe", gerecht werden will.

Der Zweck, Arbeitslose in Arbeit zu bringen, würde wirkungsvoll gefördert werden, wenn die in Aussicht genommene Steuerrückerstattung ausschließlich auf solche Betriebe beschränkt bliebe, die durch Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Durch eine solche Änderung des Planes der Reichsregierung würde von der Summe von 1,5 Milliarden aus Steuermitteln, die nach dem Programm des Kabinetts in vollem Umfang bedingungslos angerechnet werden soll, erhebliche Beträge frei werden; die zur Ingangsetzung und Förderung von öffentlichen Arbeiten, also zu echter Arbeitsbeschaffung im Sinne der bekannten Forderungen der Gewerkschaften Verwendung finden müßten.

---

SPD. Eine neue Lohnabbauwelle bedroht bereits die Textilarbeiter. Schon das Scheitern der Lohnverhandlungen in Ost- und Westsachsen war ein Alarmzeichen, und nun melden sich auch die Textilunternehmer Schlesiens und der Lausitz. In Schlesien wurden die Löhne zu Ende September, in der

Lausitz der Manteltarif gekündigt. Also selbst in Schlesien, dessen Textilhungerlöhne berüchtigt genug sind, wollen die Arbeitgeber einen neuen Lohnabbau erzwingen.

In Ostsachsen wurden die Verhandlungen bis zur nächsten Woche vertagt. In Westsachsen haben die Arbeitgeber jetzt den Schlichter angerufen. Sie rechnen also damit, daß ihnen auch noch der Staat bei dem Anschlag auf die Existenz halb verhungerten Textilarbeiter helfen wird. Der Reichskanzler hat erklärt, das Existenzminimum solle geschützt werden. Wir sind gespannt auf die Einlösung dieses Versprechens; denn in der Textilindustrie sind die tatsächlichen Löhne zu einem guten Teil bereits unter das Existenzminimum heruntergedrückt worden, und nun verlangen die Arbeitgeber eine neue Lohnkürzung, in Westsachsen z.B. eine Kürzung um 8 bis 12 Prozent, ja in einzelnen Branchen sogar einen Abbau bis zu 32 Prozent.

Das alles ist doch vollkommener Irrsinn; denn bis jetzt hört und sieht man nichts davon, ob und wie denn mit diesem Lohnabbau die viel besungene Mehreinstellung von Arbeitskräften gefördert werden soll. Nur der Lohnabbau ist sichtbar.

Ein gut Teil der Textilarbeiter ist heute schon schlechter dran als die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Sie stellen sich finanziell schlechter und dürfen es nicht wagen, im Betrieb den Krempel hinzuwerfen, weil sie sich damit ja selbst arbeitslos machen, was allerhand Konsequenzen hat. Der Arbeitgeber glaubt deshalb, mit den Arbeitnehmern machen zu können, was er will. Wir beneiden die Regierung nicht um ihre Verantwortung; denn das Willkürregiment, das der neue politische Kurs im Betrieb einreißen läßt, wird Deutschland keinen Segen bringen.

-----

SPD. Der Lohntarif für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie, für den am 1. September eine Kündigungsmöglichkeit für Ende September bestand, ist von den Arbeitgebern nicht gekündigt worden. Nordwest läßt diesmal den Zechenverband vorgehen. Dieser hat den Lohntarif für den Ruhrbergbau zum 30. September gekündigt. Die Neuregelung dieses Lohntarifs wird von der kommenden Notverordnung aufs stärkste beeinflußt werden. Der Zechenverband will eine unterschiedliche Lohnregelung für die verschiedenen Schächtanlagen, um so, wie die Hugenbergpresse sagt, den Rentabilitätsbedürfnissen besser Rechnung tragen zu können und auch "neue Arbeitsmöglichkeiten" für die Belegschaften zu erschliessen.-

Möglich, daß es da und dort mehr Arbeit geben wird, wenn das Lohnprogramm der Schwerindustrie durch die kommende Notverordnung zu hundert Prozent in die Tat umgesetzt werden wird. Mehr Arbeit - aber auch mehr Brot? Der Nationalsozialismus der Schwerindustrie wird darin bestehen, daß künftig alle Arbeiter - wohlgemerkt: alle Arbeiter, nicht alle Deutschen - im Hungern gleichgestellt werden. Unter den Proleten soll einer so viel hungern wie der andere, d.h. sie sollen alle für Hungerlöhne arbeiten.

-----

SPD. Die Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn finden am 9. und 10. Oktober statt. Gewählt werden die Orts- und Bezirksbeamtenräte sowie der Hauptbeamtenrat. Die Amtstätigkeit der Beamtenräte ist in diesem Jahr nach zweijähriger Dauer abgelaufen.

-----

SPD. Für die Herren- und Damenmaßschneiderei finden am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen zu dem vor kurzem gefällten Schiedsspruch zur Neuregelung der Löhne statt.

Der Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Sie wollen von der Tarifordnung los, und das ist der Hauptgrund, warum die Arbeitnehmer den Spruch angenommen haben, obwohl es in Berlin und einigen anderen Städten zur Ablehnung kam und selbstverständlich auf Arbeitnehmerseite niemand mit dem Spruch zufrieden ist.

-----

SPD. Für die Zigarettenindustrie fanden dieser Tage in Berlin zwischen den Organisationen Verhandlungen über die Erneuerung des Hauptvertrags statt. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Die Ferientage werden von 15 auf 12 verringert. Die Steigerung pro Jahr beträgt nicht mehr 2, sondern nur 1 Tag. Die Ferien werden voll bezahlt. Der Vertrag kann zum 30. September 1933 gekündigt werden.

-----

SPD. Der Reichswirtschaftsrat hat einen besonderen Arbeitsausschuß eingesetzt zur Anfertigung eines Gutachtens über die Wirkungen des Kündigungsschutzgesetzes für die Angestelltenschaft. Der Ausschuss tritt Mitte September zusammen. Er wird zunächst Sachverständige aus allen Kreisen hören und danach selbst zur Frage des Kündigungsschutzes Stellung nehmen.

Der Kündigungsschutz wird von den Arbeitgebern vor allem mit dem Hinweis bekämpft, daß der Schutz sich zum Nachteil der Angestellten auswirkt habe; denn diese würden, sobald sie in einem Betrieb im Begriff seien, in den Genuß des Schutzes zu kommen, vorher entlassen. In einzelnen Fällen mag das zutreffen; aber eben deshalb fordern die freien Angestellten über die Erhaltung des bestehenden Rechtszustandes hinaus eine Verschärfung und Erweiterung des Entlassungsschutzes.

-----

SPD. In Hamburg begann mit dem 1. September ein neuartiger Versuch zur Speisung von Arbeitslosen durch einen "Verein Erwerbslosenselbsthilfe Groß-Hamburg e.V.". Der Verein zählt passive Mitglieder, Förderer und aktive Mitglieder. Verwaltungskosten entstehen nicht; alle Vereinsarbeit wird von Arbeitslosen ohne Vergütung geleistet. Förderer zahlen Monatsbeiträge ab 50 Pfennig, Erwerbslose monatlich 30 Pfennig, wofür ihnen für 15 Pfennig werktäglich eine Essenportion geliefert wird. Im Stadtteil Eimsbüttel ermöglichen 600 passive Mitglieder die laufende Speisung von 150 Erwerbslosen. Die Eröffnung weiterer Küchen in anderen Stadtteilen steht bevor. Dieser neue Erwerbslosenselbsthilfeversuch will sich völlig von behördlicher, bzw. charitativer Unterstützung freihalten.

-----

SPD. Das Kartell der Mannheimer Arbeitgeberverbände hat das Gehaltsabkommen zum 30. September gekündigt. Von der Kündigung wird der größte Teil der Mannheimer Angestellten betroffen.

-----

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

König Vielfraß.<sup>x</sup>

Von George Slocombe (Paris)

SPD. Im Schatten von Bosio's Reiterstandbild Ludwig XIV. in Paris gibt es ein kleines Restaurant, das sich "Le Roy Gourmet" ("König Feinschmecker") nennt. Nichts ist lächerlicher als diese Bezeichnung. Denn Feinschmeckertum hat nicht das Geringste zu tun mit dem unersättlichen Begehren nach Nahrung, das den "Sonnenkönig" beseelte. Er war nicht einmal ein Leckermaul, sondern ein - Vielfraß. Noch im Alter, in steter Angst vor dem Tode und von seinem unerbittlichen Leibarzte Fagon im Zaume gehalten, verschlang der königliche Patient täglich eine Taubensuppe und drei gebratene Hühner. Noch in seinem letzten Lebensjahre begann und endete jede seiner Mahlzeiten mit einer gewaltigen Menge geistiger Früchte, Backwerk und Süßspeisen. Auf ihn ist die Einführung des "entremet", des Zwischengerichtes, in die französische Küche und auf eine seiner Favoritinnen, Madame de Montespan, die der Eismaschine zurückzuführen.

Kein Porträt eines Königs wirkt abstoßender als das Ludwig XIV. bei Tisch. Er nahm, wie es damals Sitte war, um ein Uhr Mittags sein Diner ein. In seinen letzten Lebensjahren durfte er während des Vormittags nichts anderes als eine Tasse aufgebrühten Salbeitees und Zimtplätzchen zu sich nehmen, mit denen seine Taschen stets gefüllt waren. Er ass stets in seinem eigenen Zimmer und sah dabei mit seinen hochmütigen und verdrossenen Augen aus den Fenstern, durch die man den Ausblick auf die prunkvolle Avenue hat, die vom Versailler Schlosse nach Paris führt. In der Abgeschlossenheit dieses Raumes entschädigte er sich für die Diätvorschriften, an die er sich nach dem einstimmigen Rat aller seiner aufeinander folgenden Leibärzte am Nachmittage halten sollte. Gericht um Gericht verschwand in seinem geräumigen Magen. Eine seiner Waitressen schrieb von ihm: "Ich habe, und zwar oft, den König vier verschiedene Suppen, einen ganzen Fasan, ein Rebhuhn, eine grosse Schüssel Salat, gebratenes und mit Knoblauch gewürztes Lammfleisch, zwei dicke Scheiben Schinken, eine Platte Pasteten und Süßigkeiten verzehren sehen". - Fisch war von dem strengen Fagon von des Königs Tafel verbannt worden, obwohl der Kronprinz ihn leidenschaftlich gern aß. Auch die von La Quintinie in den Gärten von Versaille gezogenen Gemüse wurden dem König von seinem Leibarzte verboten.

Einen Einfall rühmen moderne Feinschmecker Fagon besonders nach. Er runzelte über den süßen Champagner, den sein Patient liebte, die Stirn und ließ ihn durch Burgunder ersetzen. Aber er konnte den nach Süßem gierigen König nicht dazu bewegen, an diesem edlen Wein Geschmack zu finden. Ludwig XIV., seit Kindheit durch süßen Syrup verhätschelt, mit seinem durch die orientalischen Gewürze, die jeder Speise beigemischt werden mußten, stets entzündeten Magen und seinem durch das viele Süßigkeitenessen verdorbenen Gaumen hielt bis an sein Ende an seinen geistigen Zuckerwassern fest. Genau so, wie keine Schmeichelei zu dick aufgetragen, keine Lobpreisung zu honigtriefend sein konnte, als dass Ludwig XIV. sie nicht als ihm rechtens gebührend aufgenommen hätte, genau so konnte keine Speise allzu gewürzt und kein Getränk so abstoßend süßlich sein, als dass sie seinen abgestumpften Gaumen angewidert hätten.

Es ward erwähnt, daß er allein speiste. Doch ein Tischgefährte - sein Bruder Philippe - ward gelegentlich zur königlichen Tafel zugezogen. Dieser Bruder übertraf noch den königlichen Vielfraß. Saint Simon erzählt von ihm,

daß er "auf einen Sitz" einen ganzen Schinken, ein Dutzend Schnepfen, eine Suppenschüssel voll Mandelsülze, zehn mit Fruchtmus gefüllte Pasteten und zuguterletzt so viel Obst, als auf dem Tische stand, zu verschlingen pflegte.

Während der König sein Mittagessen in strenger Abgeschlossenheit einzunehmen pflegte, speiste er Abends angesichts des ganzen Hofes. In Marly gestattete er sich allerhand läppische Freiheiten mit den Damen, die zu seiner Tafel zugezogen waren. Der "Sonnenkönig" zielte geschickt mit Brotkugeln, bombardierte seinen Hof mit diesen Wurfgeschossen und ließ sich sogar dazu herab, sich ebenfalls bewerfen zu lassen. Manchmal traten Äpfel und Orangen an die Stelle der Brotkugeln. Einmal rächte sich Fräulein de Vautois, Kammerdame der Princesse de Conti, der Tochter des Königs, durch einen besonders gelungenen Schuß der Majestät zur Verzweiflung getrieben, an ihrem Peiniger, indem sie eine "Schüssel voll Salat, Würze und anderem" gegen den König schleuderte.

Heute liegt Schloß Marly, einstmals Schauplatz dieser Szenen, verfallen wie Babylon da; kein Stein steht mehr auf dem andern. Und Versailles, prunkendstes Denkmal des sonnenköniglichen Glanzes, erstarrt in ländlicher Vornehmheit. Mit seinem holprigen, mossbewachsenen Schloßhof, seinen staubigen, von den Schritten der Fremdenführer und Touristen widerhallenden Wandelgängen, seinen endlosen, mit den bemalten Gespenstern seiner Könige vollgepfropften Galerien und seinen traurigen, ausgedehnten Terrassen starrt es leblos zur Sonne und zu den Wolken empor gleich der verblaßten Marmortafel einer leeren Gruft.

(Einzig autorisierte Übersetzung von Leo Korten.)

-----  
König für einen Tag.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Am Donnerstag Abend marschierte eine Schützenabteilung zum Zapfenstreich durch den Ort. Der Schützenleutnant Carl Friedrich Lüth führte die Kompagnie. Die schwarzen Hosen kringelten sich um seine dürren Beine, und die von den verschiedenen Schützenfesten arg mitgenommene Uniformjoppe (mit Salmiakgeist frisch aufgebürstet) schlotterte um seinen hageren Körper. Aber Carl Friedrich Lüth schritt stolz aufgerichtet hinter der schmetternden Musik einher. Tata-tüt, tata-tüt bliesen sie den Schützenmarsch. "Carl Lüth, Carl Lüth - nu is Tid...", sangen die Kinder, die in Scharen mitliefen. Carl Friedrich Lüth blitzte martialisch in die Runde; die Einwohner standen in den Haustüren und grüßten ihn, den sonst wenig beachteten Buchhalter von Mähbert & Co., Zeitungsdruckerei, mit einer gewissen Ehrfurcht. Gravitätisch nickte die Feder seines Hutes zurück; mit einer majestätischen Schwenkung des Säbels salutierte er....

Etliche Jahre schon war Carl Friedrich Lüth zum Schützenfeste so mit der Kompagnie durch die Strassen gezogen. Und jedes Jahr hatte sich die gleiche erstaunliche Wandlung an ihm vollzogen: aus einem vermickerten, knickbeinigen Buchhalter wurde ein forscher Leutnant - ein Schützenleutnant zwar nur, aber doch ein Leutnant - mit Uniform, silbernen Achselstücken und Schleppe - , vor dem die gemeinen Schützen stramm stehen mußten... In den Tagen des Schützenfestes führte Carl Friedrich Lüth sein zweites Leben. In diesen Tagen genoß er sogar in seiner Familie Respekt, der ihm sonst höhnlich verweigert wurde. Seine Frau wagte nicht, ihn zu demütigen und anzufahren. Selbst die erwachsenen Kinder sahen mit scheuer Ehrfurcht auf die Uniform des Vaters... Sie machte einen ganz andern Menschen aus ihm.

Tata-tüt bumste die Musik. "Jetzt is Tid...", johlten die Kinder. Carl Friedrich Lüth streckte die Brust noch weiter heraus. Die Säbelscheide ras-

selte über das Straßenpflaster... Und in dem Leutnant kam der Gedanke auf: Dieses Jahr mußt du dich zum König schiessen! Dieser Gedanke erregte ihn. Er sah sich mit der Königskette umgetan auf dem Ehrenplatze sitzen, das ganze Schützenkorps im Stechschritt an ihm vorbeiparadieren -; er spürte im voraus die Bewunderung, die ihm allerseits, auch von seiner Familie, zuteil werden würde. - Unter dem Einfluß des Alkohols, der den Schützen in den Häusern der Offiziere und wohlhabenden Bürger verabfolgt wurde, wuchs der kühne Gedanke. "Jetzt is Tid!" sumnte Carl Friedrich Lüth mit. Tata-tüt machte die Musik immer von neuem. Und der Leutnant stolzierte mit geschwungenem Säbel vor seinen Leuten. Eins, zwei-drei, hoppla! Der Schützenleutnant war aus dem Schritt gekommen...

Im "Deutschen Haus" fand der Zapfenstreich mit einem Biergelage seinen Abschluß. Hier beschloß der Vorstand der Schützengilde, dem der Wunsch seines Leutnants zu Ohren gekommen war, in schnell einberufener geheimer Sitzung, daß Carl Friedrich Lüth König werden sollte. (Denn es wurde immer vorher ausgemacht, wem die Würde zufallen sollte, und die Scheibenjungen mußten daher unterrichtet werden, daß sie dementsprechende Schiesleistungen anzeigen...) Am frühen Morgen torkelte Carl Friedrich Lüth nach Hause und gröhlte mit heiserer Stimme: Carl Lüth - jetzt is Tid!"

Einige Stunden darauf erfolgte der Ausmarsch der Schützen zum Festplatz. Der Leutnant Lüth stapfte verkatert, aber dennoch in gehobener Stimmung, an der Spitze des Zuges. Er gab seine Kommandos mit belegter Stimme und verhaspelte sich: "Links - ich wollte sagen: rrr-echts schwenkt ma-rrsch!"

In den Schießständen verlief alles vorschriftsmässig. Am späten Nachmittage wurde Carl Friedrich Lüth zum König ausgerufen. Er bekam die echt goldene Königskette aus Messing um den Hals gehängt und stolzierte damit umgetan auf dem Festplatz einher. Die Schützen salutierten vor ihm. Die Kinder begafften ihn. Der Bürgermeister gar lud den Schützenkönig zu einer Flasche Wein ein und redete ihn mit "Majestät" an.

Am Abend war das Festessen. Carl Friedrich Lüth lies eine Rede vom Stapel. Er sprach in den Schlagworten, die er im Lokalblättchen gelesen hatte: Deutschlands Ehre.. echten Schützengeist pflegen, der echter nationaler Geist ist usw.usw. Der König wurde gefeiert. Er hielt Hof und gab Audienzen. Zwei betrunkene Schausteller, die miteinander in Streit geraten waren, riefen den König als Schiedsrichter an. Carl Friedrich Lüth schlichtete den Streit mit beinahe salomonischer Weisheit. Und er versteifte sich immer mehr in die Vorstellung seiner Majestät.

Sein Hofstaat zog mit ihm von einem Zelt ins andre. Am späten Abend waren schonst ernste und würdige Männer sinnlos betrunken. Der Kaufmann Schickedanz hatte sich Bockwürste durch die Knopflöcher seiner Uniform gezogen und führte einen Castagnettentanz vor, zwei Biertablets zusammenschlagend. Die Musik spielte wild gegeneinander an. Frauen lachten albern und laut, wenn die Männer sich an sie heranmachten. Nur der König bewahrte einen Rest von Haltung. Er hatte sich auf das Musikantenpodium zurückgezogen - er fühlte triebhaft, daß er auch durch seinen Platz seine gehobene Stellung zum Ausdruck bringen müsse. Da saß er nun und sah mit verschwimmenden Augen in das Treiben. Plötzlich hißte er sich empor. Er rückte die Königskette zurecht, deren Mittelstück, ein Adler, nach hinten gerutscht war. Er faßte sich an die Kehle, räusperte sich und rief: "Ruhe!- Rrr-uhe!" Die Musik brach mit einem erschreckten Gickser ab. Die Schützen schrieen: "Bravo - unser König will erden!" Carl Friedrich Lüth nickte wohlwollend. Er schwankte und sagte: "Kameraden! Schützenbrüder! Ich B hick - habe mich zum - hick - König geschossen. Und Carl Friedrich Lüth - hick # der läßt sich nich lumpen. Jawoll! Herr Wirt- hick - eine Runde! Aufmeine Rechnung. Ich bezahle alles. Ich - hick- Carl Friedrich - hick - Lüth.

In diesem Augenblicke trat der Landjäger in das Zelt und rief: "Feierabend!" Und da niemand auf ihn hörte, rief er nochmals lauter: "Feierabend!"

Stille. Carl Friedrich Lüth schnellte hoch. Was wollte der? Befehlen? Hier hatte nur einer zu befehlen und das war er, der König. "Sie", brüllte er, "wann Feierabend sein soll, das bestimme ich! Verstanden?!" Der Beamte wollte verhandeln. Der König nahm das übel. "Raus mit ihm! Raus mit ihm!" Und ehe der Beamte wußte, wie ihm geschah, wurde er hinausbefördert.

Aber der Landjäger kam mit ein paar andern Landjägern zurück. Sie befahlen mit schneidender Kommandostimme Feierabend. Da packte Carl Friedrich Lüth die kalte Wut. Er nahm die Posaune und schleuderte sie gegen die Beamten. Die Schützenbrüder benutzten die Bierseidel als Wurfgeschoss. Die Landjäger warnten: "Zurück - oder es wird geschossen!" Der König sprang in sinnloser Wut gegen sie an. "Immer feste druff" schrie er. Da peitschten Schüsse. Schmerzensrufe ertrönten. Frauen wimmerten. Carl Friedrich Lüth brach bleich zusammen. Er preßte die Hand gegen die Brust, aus der es rot hervorquoll. "Das ist - Ma-je-stäts-be-lei-!" stammelte er. Dann wurde es dunkel vor seinen Augen.

Erich Preuße.

### ----- Die Geburt der Planeten.<sup>x</sup> -----

SPD. Die durch wertvolle Hilfsmittel und immer neue und bessere Methoden unterstützten wissenschaftlichen Forschungen haben in den letzten Jahren gerade auf dem Gebiete der Astronomie zu ganz neuen Erkenntnissen geführt. Aus zahllosen sich aneinander reihenden Einzelbeobachtungen und Untersuchungen entsteht ein immer grösser, immer vollkommener werdendes Bild vom Bau der Welt. Sehr wertvoll ist es dabei auch, daß sich heute mehr denn je die verwandten Gebiete der Wissenschaft gegenseitig unterstützen und ergänzen. Die Astronomie ist ja schon lange keine unabhängige Wissenschaft mehr, sondern steht mit verschiedenen Forschungszweigen in engstem Zusammenhange. Das Spiel und die Eigenschaften der winzigen Bausteine aller Stoffe, der Atome, die vom Physiker und Chemiker im Laboratorium untersucht werden, können auch auf den Sternen beobachtet werden, sogar unter Bedingungen, wie sie in den irdischen Laboratorien niemals geschaffen werden können. So werden die Sterne für die rastlosen Forscher zu gewaltigen Hochöfen, in denen Mutter Natur selbst experimentiert und mit Temperatur- und Druckgraden arbeitet, deren Erzeugung dem Bewohner der Erde niemals möglich sein wird. Äusserst interessante physikalische Vorgänge können auf diese Weise ermittelt werden, und der Astronom kann seinem Kollegen, dem Physiker, wertvolle Mitteilungen für die Laboratoriumsarbeit machen. Umgekehrt können die Arbeiten des Physikers und Chemikers für die Beobachtungen des Astronomen von unerschätzbbarer Bedeutung sein. So haben die modernen Forschungen zu einer geradezu stürmischen Entwicklung des astronomischen Weltbildes und zu ganz neuen Anschauungen über das Werden der Welten geführt.

Die Kant-Laplace'sche Nebelhypothese, die eine Erklärung für die Entstehung der Sonnen und Planeten geben sollte, ist heute vollständig überholt. Der junge Immanuel Kant hatte sich im Jahre 1755 ("Naturgeschichte des Himmels") ein Urchaos vorgestellt, das sich zu rotierenden Nebeln verdichtete. Einen dieser Nebel betrachtete er als die Ursonne, um die sich durch die Verfestigung abgestossener Gasmassen die Planeten bildeten. Laplace führte diesen Gedanken 1796 mathematisch noch weiter aus und zeigte, wie eine rotierende Gasmasse, die sich bei zunehmender Zusammenziehung schneller und schneller dreht, abplatteten und zuletzt eine linsenförmige Gestalt annehmen muss. Die in die Äquatorebene hinausgeschleuderte Materie oder die bei der Einschrumpfung der Hauptmasse zurückgebliebenen Gasteile verdichteten sich dann und bilden die Planeten. Ähnlich dachte er sich auch die Ent-

stehung der die Planeten umkreisenden Satelliten (Trabanten). Moderne Forschungsergebnisse und Beobachtungen zeigen aber klar und deutlich das Schicksal einer zu schnell rotierenden Sonne. Nicht die Entstehung einer Planetenfamilie ist das Ergebnis, sondern der Stern bricht wie ein zu schnell getriebenes Schwungrad in zwei ungefähr gleiche Teile auseinander. Daß solche Ereignisse im Weltall vorkommen, zeigen die spektroskopischen Doppel- und mehrfachen Sternsysteme, die die Überbleibsel von Sternen darstellen, die durch zu schnelle Rotation zerbrochen sind. Sie haben nicht die geringste Ähnlichkeit mit unserm Sonnensystem. Durch verschiedene Tatsachen in unserm gegenwärtigen Planetensystem kann man aber auch ziemlich genau das Drehungsmoment der ursprünglichen Sonne berechnen. Da ergibt sich die überraschende Tatsache, daß die Rotation der ursprünglichen Sonne viel zu gering und unzureichend war, um überhaupt zu einem Zerbrechen zu führen. Damit wird die Hypothese hinfällig. Deshalb sind im Laufe der Jahre von berufenen Wissenschaftlern verschiedene beachtenswerte Theorien aufgestellt worden, die eine wahrscheinlichere Erklärung für die Entstehung des Planetensystems geben sollten. Gegenwärtig dürfte die Gezeitentheorie des englischen Astronomen Jean von den Fachgelehrten am meisten beachtet werden.

Wenn zwei Sterne ohne Zusammenstoß aneinander vorbeiziehen, sagt Jeans, muß es die erste Wirkung sein, daß jeder Stern auf dem anderen Gezeiten verursacht. Bei solch einer im allgemeinen seltenen Begegnung kann Materie besonders auf dem kleineren Partner sich zu hohen Bergen auftürmen, woraus bei besonders enger Annäherung ein langer, zigarrenförmiger, aus dem Körper des kleineren Sterns gezogener Gasarm wird. Auf Grund der sogenannten "Schwefelfeld-Instabilität" beginnen sich in diesem langen Gasarm Verdichtungen zu bilden, bis der Streifen in eine Anzahl getrennter Massen auseinanderbricht. Das ist der Geburtsakt der aus der kleineren Sonne hervorgegangenen Planeten, gezeugt von dem grösseren Stern, der in diesem Falle die Vaterstelle einnimmt. Anfangs werden die losgelösten Körper als neu entstandene Planeten durch die Anziehungskraft beider Sterne sehr komplizierte Bahnen schreiben. Allmählich jedoch entfernt sich der grössere Stern. Sein Einfluss wird immer unbedeutender, bis schliesslich nur noch der kleinere Stern seine mütterliche Wirkung auf die Planeten ausübt. Im leeren Raumfeld würden die Planetenbahnen jetzt genaue Ellipsen sein. Aber bei der Katastrophe der Begegnung müssen auch allerlei kleine Trümmer herumgeworfen worden sein. Die heute noch in unserm Sonnensystem herumschwirrenden kleinen Körper, wie Kometen, Meteore usw., müssen von diesen Trümmern herrühren. Der Hauptteil dieser "Abfälle" bestand aber sicherlich aus Gas- und Staubmassen, durch die sich die Weltkörper zuerst ihren Weg bahnen mussten. Es lässt sich nun mathematisch beweisen, dass ein solcher den Bewegungen der Planeten entgegengesetzter Widerstand die Form der Bahnen ändern würde, sodass sie zuletzt immer kreisförmiger werden würden, wenn das hindernde Medium lange genug vorhanden wäre. Die von den Planeten herumgewirbelten Staubteilchen würden zuletzt ganz verschwinden. Die letzten Spuren jenes Staubes mögen die winzigen Teilchen sein, die heute das Zodiakallicht bilden. Zweifellos war der Widerstand leistende Staub im Zentrum des Systems in weit grösserer Masse vorhanden als an den äussersten Grenzen. Die Bahnen der inneren Planeten sind deshalb ziemlich kreisförmig, während die Bahn des äussersten und fernsten heute in unserm Sonnensystem bekannten Planeten Pluto mehr in die Länge gezogen ist als die irgend eines anderen Planeten.

Die Auffassung, dass der bei der Begegnung mit dem anderen Stern aus der Sonne herausgezogene Gasstreifen ein zigarrenförmiges Aussehen gehabt haben muss, stimmt sehr gut mit den Grössenverhältnisse der Planeten überein. In der Mitte, wo dieser Gasarm am dicksten und dichtesten gewesen sein muss, befinden sich Jupiter und Saturn, die Planeten mit den grössten Massen. Die Sonne wird nun auf die glühenden und in noch nicht festen Bahnen kreisenden

Planeten ebenso eingewirkt haben, wie einst die Vatersonne auf sie selbst. Lange, zigarrenförmige Streifen von Materie wird sie aus den Weltkörpern herausgezogen haben, woraus sich dann später die Satelliten gebildet haben. Da auch bei den grossen Planeten die Satellitensysteme im allgemeinen so konstruiert sind, dass sich die massereichsten Trabanten in der Mitte befinden, liegt der Gedanke nahe, dass sie ebenfalls aus einem zigarrenförmigen, also in der Mitte breiteren Gasstreifen entstanden sind. Die Satelliten scheinen also mit aller Wahrscheinlichkeit dem gleichen Vorgang ihr Entstehen zu verdanken, der früher ihre Eltern, die Planeten, zum Dasein erweckte.

Erich Krug.

-----  
Die graue Eminenz.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Die Geschichte wird uns einmal vorwerfen, daß wir für kaiserliche Träume mehr als für wahre vaterländische Interessen eingetreten sind...

Diese Worte schrieb vor mehr als drei Jahrzehnten eine der interessantesten und aussenpolitisch wichtigsten Persönlichkeiten des alten Vorkriegsdeutschland, der Geheimrat Fritz von Holstein, an den ihm befreundeten deutschen Botschafter in London, den Grafen von Hatzfeld, der, nebenbei bemerkt, ein Sohn jener Gräfin Sophie Hatzfeld war, die uns als die Freundin Ferdinand Lassalles in Erinnerung ist. Entsprungen sind diese Gedanken aus den täglichen Beobachtungen eines Mannes, der, wie kein zweiter, länger als ein Menschenalter hindurch in unmittelbarer Nähe alles diplomatischen Geschehens gestanden hat.

Unter vier Kanzlern hat der als die "graue Eminenz" bekannte Baron von Holstein im Auswärtigen Amte gesessen. Unter Bismarck, der ihn zum Danke für einen Freundesdienst "gemacht" hat, unter Caprivi, unter Hohenlohe und unter Bülow. Alle vier schätzten oder fürchteten den grossen Wisser und Hasser, den "Kerl mit den Hyänenaugen", mit dem zu spaßen sich keiner unterfing. Als es seinerzeit galt, den Bismarck unbequemen Pariser Botschafter von Arnim abzuwürgen, lieferte der damals noch junge Holstein das hierfür notwendige amtliche Material. Einen Judas hat ihn damals der geächtete Arnim genannt, und die adligen Kreise Berlin schlossen ihre Zirkel fortan streng vor ihm ab. Dafür überhäufte ihn Bismarck mit Ehrungen, um ihm dadurch einen Ausgleich gegenüber der Mißachtung seiner Kaste zu bieten.

Doch der schlaue Fuchs zögerte keinen Augenblick, auch den im Scheiden begriffenen Bismarck seinen Fußtritt zu geben, als er erkannte, daß der offizielle Wind bald von einer anderen Seite her wehen würde. Fortan war Holstein der heimliche Macher aller personellen Dinge im Auswärtigen Amte. Er verstand es mit einer seltenen Raffinesse, sich unentbehrlich zu machen. Elf Abschiedsgesuche reichte er im Laufe der Jahre ein, alle pro forma; alle wurde abgelehnt, bis auf das jetzige, das ein Stellvertreter Bülows dem Kaiser auf den Tisch zu schmuggeln verstand. So war der allmächtige, unentbehrliche Baron über seine eigene Geste gestürzt.

Die persönliche Stärke des Geheimrats von Holstein lag in seiner scharfen Beobachtung der Dinge, in seinem, in langen Jahren aufgehäuften politischen Wissen und in seiner umfangreichen Kartothek. In dieser Kartothek stauten sich Berge von Personalakten, in denen über fast jeden amtlichen Würdenträger etwas Schlechtes stand. Holstein beobachtete und liess beobachten. Und da jeder Mensch gelegentlich einmal Schwächen und Leidenschaften hat, so war es nicht allzu schwer, entsprechende Personalakten zu füllen. Was Herbert Bismarck in der Weinstube bei Borchardt in der Sektlaune über den Kaiser ausserte, was Philu Eulenburg in besonderen Liebesdingen verübte, wie Bülow

seine Ehe führte - alles, alles hatte Holstein fein säuberlich notiert, um es im geeigneten Augenblicke hervorzuholen. Er sprach zwar von dem "Juden" Harden, aber wie Bismarck scheute auch er nicht davor zurück, diesen für seine Zwecke zu benutzen.

Die Einsamkeit, in der der menschenscheue, unvermählt gebliebene Mann lebte, wurde seine Stärke. Siebzehn Jahre hat es gedauert, ehe Wilhelm II. den Geheimrat einmal flüchtig zu Gesicht bekam. Alle Einladungen zu Hofe lehnte er ab. Selbst den ausdrücklichen Wünschen des Kaisers gegenüber wagte er dies, und kam der Kaiser selbst ins Auswärtige Amt, so verstand es der Baron immer, rechtzeitig zu verschwinden. Scherzhaft wurde alles hingenommen; selbst die drei Duellforderungen, in die der Geheimrat verwickelt war, wurden rechtzeitig durch den Kaiser beigelegt...

Interessant sind die schriftlich fixierten kritischen Äusserungen, die Holstein über Dinge und Menschen machte. "Das mißliche Verhältnis zu Frankreich und Rußland ist die Erbschaft, die uns Bismarck hinterlassen hat", bemerkt er gelegentlich. Und ein andermal: "Ich habe den zweiten Teil des "Faust" wieder einmal gelesen und bin frappiert über die Ähnlichkeit, die zwischen dem dortigen Kaiser und unserm herrscht. Unserer behandelt das Regieren auch als Sport. Ob er wohl auf dem Thron stirbt? - Er ist nicht der richtige Mann, und es ist nicht die Zeit, um mit dem Volk wie mit einem Riesenspielzeug umzuspringen. Ich glaube an die kommende Republik."

Vor dem Menschenhasser und Menschenverächter Holstein ängstigten sich viele. Deshalb ist es verständlich, daß sofort nach seinem Tode sein Nachlaß von "interessierter Seite" aufgekauft wurde, wie es der Geheimrat seinerzeit im Auftrage Bismarcks selbst gemacht hatte, als er den schriftlichen Nachlaß des im Exil in Italien lebenden Grafen Arnim sofort nach dessen Tode dort beschlagnahmte. Noch eine Probe. Er zitiert Schopenhauer, daß das Genie nur einen Stock höher als der Wahnsinn wohne, und hängt in bezug auf den Kaiser den Satz an: "Und dieser Wahnsinn droht uns das Reich zu zerstören." Sind das nicht geradezu prophetische Worte?

Viel Menschliches hat der grosse Intrigant gehört und gesehen. Wie Harun al Raschid strich er zuweilen unerkannt umher, um dann seine Bemerkungen niederzuschreiben. Sarkastisch urteilte er über den durch Wilhelm II. gepflegten Hofbyzantismus. "Mummenschanz - wie in der Türkei", sagte er.

Seit dreiunddreißig Jahren liegt die "graue Eminenz", die zuletzt fast erblindet war, auf dem Invalidenfriedhof in Berlin begraben. 72jährig trugen sie ihn hinaus. Jetzt hat ihm einer, den seine Persönlichkeit reizte, in einem Buche ein Denkmal gesetzt. Es heisst "Die graue Eminenz", ist verfaßt von Joachim von Kürenberg und im Verlag für Kulturpolitik in Berlin erschienen. Es enthält an einanderkurzweiligen Darstellung ausserordentlich viel des Interessanten und Lesenswerten.

J. Kliche.

SPD. Thüringer Romantik.<sup>x</sup> Ich stehe Abends in Eisenach vor der Wartburg. Rundum rauschen die dunklen Wälder Thüringens, die Sterne glitzern, und zwischen den Sternen leuchtet der Mond. Die Burg steht dunkel. Da nähert sich mir ein kleiner, dicker Herr im Lodenmantel, stellt sich neben mich und starrt gleich mir auf das Bild. Plötzlich sagt er fettig: "Dannhäuserschdimmungk. Nu fehd nur noch die Doselliserenade, und dann is die Romandiggferdch."

Ein Angler ist mehr, als er fängt.

Schottisches Sprichwort.